



DER FREIE BAUER

LANDWIRTSCHAFTSZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

Foto: Der Freie Bauer / Redaktion

GOURMETFEIN Ein Erfolgskonzept

Geschäftsführer KommR Fritz Floimayr stellt im Interview seine Betriebsphilosophie vor und erklärt, dass Rückverfolgbarkeit von Rohstoffen bei Lebensmitteln eine Frage des Wollens und nicht des Könnens ist.

Seiten 20-21



Zukunft Landwirtschaft:

Handel gegen Bauern

Seiten 18-19

KANZLER KURZ IST JETZT DOCH FÜR MERCOSUR

Dank eines Hintertürs im Regierungsprogramm will die ÖVP das Mercosur-Abkommen doch noch beschließen - gibt es Streit in der Koalition?

Seite 6

LR KLINGER DANKT DEN EINSATZKRÄFTEN

Landesrat Wolfgang Klinger dankte den Einsatzkräften für ihr Engagement im Zuge der jüngsten Sturmschäden in Oberösterreich.

Seite 13

NEUE BIO-VERORDNUNG: BIO-BAUERN IN NOT

Die neue EU-Bio-Verordnung gefährdet die Existenz vieler Bio-Betriebe. Der Grund: Die falsch interpretierte Weidepflicht.

Seiten 8-9

HERKUNFTSKENNZEICHNUNG IST DAS ZIEL

Die Freiheitliche Bauernschaft bleibt weiter bei ihrer Forderung nach einer durchgängigen Herkunftskennzeichnung.

Seite 23

Österreichische Post AG - SP 07Z037583S

Ausgabe 01/20 (28.02.2020)

Der Freie Bauer - Landwirtschaftszeitung für Oberösterreich
Freiheitliche Bauernschaft OO, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz
Kontakt: redaktion@derfreiebauer.info, www.derfreiebauer.info

UKRAINE: AUSVERKAUF DES ACKERLANDES BEFÜRCHTET

Im ukrainischen Parlament hat die geplante Freigabe des Handels mit Agrarland zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Der Präsident Selenskyj hat die Einrichtung eines Bodenmarktes zur Priorität erklärt. Er erhofft sich Investitionen.



PREISE FÜR LEBENSMITTEL: ANTEIL FÜR BAUERN SINKT

Der Anteil der landwirtschaftlichen Erlöse an den Verbraucherausgaben für Nahrungsmittel lag im Jahr 2018 bei 21%. Anfang der 1970er-Jahre lag er noch bei 48%. Gleichzeitig sind die Betriebskosten und Abgaben seitdem stark gestiegen.



OÖ-SUPERMÄRKTE NUR NOCH INNERORTS ERLAUBT

Die Novelle zum OÖ-Raumordnungsgesetz soll „Vorrang für das Einkaufen im Ort“ schaffen. Künftig können sich Supermärkte nur mehr innerhalb der Ortschaften ansiedeln. Damit wolle man dem Sterben der Innenstädte entgegenwirken.



Fotos (3): www.pixabay.com

KICKL ÜBT KRITIK AN ÖVP-LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK:

ÖVP hat Bauern in ein System der Abhängigkeit gedrängt

„Seit 30 Jahren steht die ÖVP in Verantwortung für die Bauern – eine unglaubliche Machtfülle, die im Ergebnis zu einer Fülle von negativen Auswirkungen auf die Landwirte geführt hat. Die ÖVP hat die Bauern in ein System der Abhängigkeit gedrängt“, so FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl.

Die Bauern würden quasi in einem „Bermudadreieck“ aus ÖVP, Bauernbund und Landwirtschaftskammer verschwinden, so Kickl. Der Begriff des Bauernsterbens sei kein bloßes Schlagwort, sondern Realität. 1970 gab es in Österreich 366.000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit 799.000 Arbeitskräften. 1990 waren es 282.000 Betriebe mit 507.000 Arbeitskräften und 2017 hatten wir in Österreich nur mehr 162.000 Betriebe mit 405.000 Arbeitskräften, der Großteil von ihnen Familienarbeitskräfte.

Als zwei aktuelle Beispiele des Versagens der ÖVP-Landwirtschaftspolitik nannte Kickl die Verordnung zur Bio-Weidehaltung von Ministerin Köstinger sowie den Umgang mit dem Thema Dieselpatent. „Die FPÖ hat in der vergangenen Plenarsitzung einen Antrag auf Erhalt des Dieselpatents gestellt. Von 18 Bauernbündlern, die

für die ÖVP im Nationalrat sitzen, waren 17 bei der Abstimmung anwesend. Und sie alle haben gegen den Erhalt des Dieselpatents gestimmt und damit den Weg für die Verteuerung des Dieselpreises freigemacht“, erinnerte Kickl.

Die FPÖ stehe für eine zukunftsorientierte Landwirtschaftspolitik, das heißt für die Regionalisierung und Stärkung der regionalen Produktion. „In



HERBERT KICKL KRITISIERTE DIE LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK DER ÖVP.

den letzten Jahrzehnten hat der ÖVP-Bauernbund mit absoluter Mehrheit in allen Bereichen eindrucksvoll bewiesen, wie Interessenvertretung nicht funktioniert. Es gibt ein ständiges Bauernsterben und einen Einkommensrückgang. Mit dieser verheerenden Politik hat die ÖVP tausende Arbeitsplätze vernichtet“, kritisierte auch der FPÖ-Agrarsprecher Peter Schmiedlechner.

BOKU-PROFESSOR ALFRED HAIGER IM VORTRAG:

Kritik an Maximierungswahn in der Viehwirtschaft

„Die Natur optimiert, der Mensch maximiert. Langfristig kann nur ökonomisch sein, was den Gesetzen des Lebens entspricht“, so Univ.Prof. i.R. Haiger.

Der streitbare Universitätsprofessor im „Unruhestand“ trug seine quergedachten Thesen vor, die vielen konventionell denkenden Menschen unbehagen sind: „Es gibt Entwicklungen in der Tierzucht, die ich nicht verstehe. Ich verstehe nicht, warum eine Kuh, die 12.000 Liter Milch gibt

und dafür 3.000 kg Lebensmittel gefressen hat, prämiert wird?“

Der Grund dafür sei, dass seit etwa 60 Jahren das Gras als Energielieferant für die Kuh den Bauern immer teurer kommt und der Druck, Kraftfutter unterzubringen immer höher werde. Haiger kritisiert die Benachteiligung des Grünlands und ihre Folgen für die Rinderzucht. Die absolute Leistungsmaximierung entspreche der Auffassung, Investitionen wieder schnell zu Geld machen zu wollen.



Foto: www.pixabay.com

JEDEN TAG GEBEN IN EUROPA 1.000 BAUERN AUF:

Höfesterben geht weiter

Der designierte EU-Agrar-Kommissar Janusz Wojciechowski hat in seiner ersten Anhörung vor dem EU-Parlament auf die dramatische Entwicklung zum Höfesterben in Europa aufmerksam gemacht: „In nur einem Jahrzehnt, von 2005 bis 2015, haben wir vier Millionen landwirtschaftliche Betriebe in der EU verloren.

Im Jahr 2005 betrug die Zahl der Höfe fast 15 Millionen. Ein Jahrzehnt später waren es weniger als 11 Millionen. Das bedeutet: Wir haben 400.000 Bauernhöfe pro Jahr verloren, mehr als 30.000 pro Monat und mehr als 1.000 pro Tag.“ Wojciechowski wies auch auf das Problem der Selbstmorde, vor allem in Frankreich, hin.



Foto: immedia / Morocutti



DIE KONSUMENTEN WOLLEN MEHR
BIO-PRODUKTE KAUFEN. DIE VERKAUFS-
ZAHLEN SPRECHEN EINE ANDERE SPRACHE.

UMFRAGEN: JEDER WILL BIO - WENIGE KAUFEN ES AUCH

Schizophrene Konsumenten

Laut Umfragen geben in Deutschland fast 90 Prozent der Konsumenten an, Bio-Lebensmittel zu kaufen. Die realen Marktanteile sprechen deutlich eine andere Sprache.

In Deutschland wurden jüngst Studien zum Absatz von Bio-Nahrungsmitteln veröffentlicht. Diese zeigen, dass 90 Prozent der Konsumenten zumindest gelegent-

lich Bio-Lebensmittel erwerben. Sechs Prozent geben an, ausschließlich Bio-Lebensmittel zu kaufen, 43 Prozent greifen häufig und 41 Prozent gelegentlich zu Lebensmit-

teln aus dem Ökolandbau. Beim Kauf von Bio-Lebensmitteln ist die Unterstützung einer artgerechten Tierhaltung mit 95 Prozent für die Konsumenten das wichtigste Motiv. 93 Prozent wollen regionale Betriebe fördern. Die realen Verkaufszahlen liegen allerdings deutlich unter diesen Angaben. Bei Bio-Eiern etwa liegt der Marktanteil bei nur 14 Prozent, obwohl mehr als ein Drittel der Befragten behauptet, ausschließlich Bio-Eier zu kaufen.

In Österreich gibt es ebenfalls verschiedene Umfragen zum Kaufverhalten bei Bio-Produkten. Auch hier sind die Ergebnisse eindeutig: So ist es für 95 Prozent der Befragten wichtig, dass mehr regionale Lebensmittel im Handel angeboten werden. 70 Prozent gaben an, dass ihnen biologische Ernährung sehr wichtig sei. Und nahezu 68 Prozent kaufen sehr oft Bio-Lebensmittel ein.

Insgesamt bezifferte sich der Gesamtwert der gekauften Bioprodukte im Einzelhandel im Jahr 2018 auf rund 542 Millionen Euro – im Jahr 2011 betrug der Gesamtwert noch rund 315 Millionen Euro. Beliebte Bioprodukte sind auch hierzulande Milch, Eier sowie Kartoffeln.



KOMMENTAR

Ing. Franz Graf

ZUKUNFT LANDWIRTSCHAFT

Dieses Motto findet sich alle paar Jahre bei Diskussionszirkeln, Veranstaltungsreihen oder im politischen Wettstreit. Aber jetzt stehen wir tatsächlich vor einer entscheidenden Weggabelung, wo es um nicht weniger als die Zukunft unserer Familienbetriebe geht. „Gelder sichern und weiter so wie bisher“, das Motto klingt wie eine gefährliche Drohung. Trotzdem argumentiert ein überwiegender Teil der agrarpolitischen Verantwortungsträger genauso. Dabei stehen wir nicht trotz, sondern wegen der bisherigen Agrarpolitik mit dem Rücken zur Wand. Ein untaugliches System der landwirtschaftlichen Preisfindung und eine unreflektierte Diskussion über die Rolle der Landwirtschaft in der Klimadebatte nagen stark am Einkommen und vor allem am Selbstbewusstsein der Landwirte. Wir wehren uns nicht gegen Veränderungen, im Gegenteil, Innovationen sind Teil unseres Selbstverständnisses. Aber wir halten fest: Wir Bauern liefern die Biomasse für die Energiewende, unsere klimafitten Wälder die saubere Luft und unsere fruchtbaren Böden speichern CO₂. Die österreichische Landwirtschaft produzierte 2017 8 Mio. Tonnen CO₂. Gleichzeitig hat sie 27 Mio. Tonnen gebunden, mehr als dreimal so viel! Und nirgendwo werden Lebensmittel so umweltbewusst erzeugt wie bei uns. Das hat einen Wert, den es lohnt zu bezahlen und diesen fordern wir ein! Faire Preise für faire Produkte!



ENTSORGUNG IST SCHWIERIG, TEUER UND NICHT ÖKOLOGISCH:

Sondermüll Windräder

Jedes Jahr werden allein in Europa fast 4.000 Rotorblätter von Windrädern zu Sondermüll. Mehr, als sie in Deponien zu lagern, ist bisher kaum möglich. Die Größe allein macht schon den Abtransport eines Rotorblattes schwierig. So

eine Anlage lässt sich nicht einfach zersägen. Auch Verbrennen ist keine Option, da die Rotorblätter nahezu flammenfest gebaut sind. Auf normalen Mülldeponien dürfen sie nicht lagern, weil sie dort nicht verrotten würden.

HARALD VILIMSKY ZUM EU-AUSTRITT GROSSBRITANNIENS:

Nach Brexit muss EU dringend Reformkurs einschlagen



NACH DEM BREXIT WIRD DER REFORM DRUCK FÜR DIE EU IMMER GRÖßER.

Foto: www.pixabay.com

„Die EU ist dringend reformbedürftig“, so der freiheitliche Delegationsleiter im Europäischen Parlament, Harald Vilimsky, in Bezug auf den EU-Austritt Großbritanniens. Die EU müsse dringend aus ihren Fehlern lernen und endlich wieder bürgernäher werden.

Grund für die immanente Krise der Europäischen Union sei vor allem der anhaltende Zentralisierungskurs der EU, aber auch die sich immer mehr ausweitende Kluft zwischen östlichen und westli-

chen EU-Ländern. Weitere Mitgliedsstaaten könnten daher in naher Zukunft über einen EU-Austritt zumindest nachdenken.

„Die EU-Kommission fährt mit ihrem Arbeitsprogramm

den Zentralisierungskurs munter weiter. So werden etwa durch den umstrittenen Green Deal den Mitgliedsstaaten noch mehr Kompetenzen entrissen“, kritisierte Vilimsky. Er plädierte für einen Plan für Europa, der sich auf das Grundgerüst des vom ehemaligen Kommissionspräsidenten Juncker in einem Weißbuch vorgeschlagenen Szenario 4 stützt. Dieses lautet „Weniger, aber effizienter“ und stellt darauf ab, dass sich die EU darauf konzentriert, in ausgewählten Bereichen rascher mehr Ergebnisse zu erzielen, aber in anderen Bereichen weniger zu unternehmen.

„Den Grundgedanken dieser Rückverlagerung von Kompetenzen an die Mitgliedsstaaten halte ich für ganz wesentlich“, meinte der freiheitliche EU-Abgeordnete.



GRÜNER RÜCKSCHRITT:

Aus für Tempo 140 auf Autobahnen

Keinerlei Verständnis hat der Landesparteiobmann der FPÖ OÖ, Manfred Haimbuchner, für die Ankündigungen der grünen Verkehrsministerin Gewessler, wonach der Testbetrieb von Tempo 140 beendet werden soll.

„Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes wird hier eine reine Symbolpolitik betrieben und es werden die Gutachterergebnisse, dass die Einführung der Geschwindigkeitsbegrenzung von 140 km/h keine nennenswerten Belastungen für die Umwelt ergeben haben, einfach ignoriert“, so der freiheitliche Landeshauptmann-Stellvertreter.

Foto: www.pixabay.com / Bildkomposition: Der Freie Bauer

KICKL ÜBT KRITIK AN ÖVP-UMGANG MIT JUSTIZ:

ÖVP: „Message Control“ und „Justice Control“

FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl übt Kritik an den jüngsten Äußerungen von Bundeskanzler Sebastian Kurz bezüglich der Korruptionsstaatsanwaltschaft.

„Die BMI-Sektionschefs Vogl und Hutter, Ex-Finanzminister Löger und sein Generalsekretär Thomas Schmid, die CASAG-Aufsichtsräte Rothensteiner und Pröll – die Liste der aktuell Anklagen oder Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ausgesetzten Personen aus dem engsten



Foto: www.pixabay.com

ÖVP-Kreis ist lang und der Leidensdruck bei Kanzler Kurz entsprechend hoch“, so Herbert Kickl. „Die aus einem Hintergrundgespräch kolportierten Aussagen von Kurz passen exakt zu jener Strategie, die die ÖVP immer dreister betreibt und deren Ziel die Knebelung der WKStA ist“, stellt Kickl fest.

„Wenn man Baustellen in der Justiz bereinigen und parteipolitische Besetzungen unter die Lupe nehmen will, dann empfiehlt sich ein umfassenderer Ansatz“, so Kickl.



DER HANDELSKONFLIKT MIT CHINA SOLL NUN SCHRITT FÜR SCHRITT BEIGELEGT WERDEN.

Foto: www.pixabay.com

IM HANDELSSTREIT MIT DEN USA VERSUCHT CHINA ZU DEESKALIEREN:

China halbiert Strafzölle

In einem weiteren Schritt der Deeskalation im Handelskonflikt senkt China die Strafzölle auf US-Importe im Wert von 75 Milliarden Dollar (68 Milliarden Euro). Die im September verhängten Abgaben in Höhe von fünf und zehn Prozent werden

halbiert, wie die Regierung in Peking ankündigte. China und Washington hatten nach fast zweijährigem erbittertem Handelsstreit Mitte Jänner ein erstes Teillabkommen zur Beilegung ihres Handelskonflikts unterzeichnet.

WEIL GROSSBRITANNIEN ALS NETTOZAHLER AUSFÄLLT:

Hahn: Mehr Geld für die EU

EU-Budgetkommissar Johannes Hahn lobt das „pro-europäische“ Programm der Bundesregierung und drängt auf höhere Beitragszahlungen für das EU-Budget. Hahn verwies etwa auf den Kampf gegen den Klimawandel.

Auch die Grenzsicherung, die Positionierung der EU in der Welt und die Nachbarschaftspolitik gegenüber Afrika bräuchten eine höhere Finanzierung durch die EU-Nettozahler. Mehrere Nettozahler-Staaten, darunter Österreich, lehnen eine Erhöhung des Beitrages jedoch ab und wollen bei einem Prozent bleiben. Hahn verwies darauf, dass 20 Staaten den Standpunkt der Kommission teilten. Es seien derzeit Verhandlungen im Gange, dabei würden die notwendigen Maßnahmen mit Zahlen unterlegt. Hahn zog einen Vergleich mit einem „politischen Mikado: wer sich als erster bewegt, hat verloren“.

Wenn Österreich Interesse an einem wirksamen Außengrenzschutz habe, müsse man dies entsprechend unterlegen, betonte der Budgetkommissar. Und wenn im Agrarbereich bei Regionalmitteln nicht gespart werden soll, „dann muss man nicht in Mathematik maturiert haben, um zu sehen, dass sich das nicht ausgeht“. Der ehemalige Novomatic-Manager Hahn verwaltete bereits in seiner

ersten Amtszeit in Brüssel als EU-Regionalkommissar rund ein Drittel des EU-Budgets, jetzt greift er als EU-Budgetkommissar und Nachfolger des Deutschen Günther Oettinger nach dem Ganzen. Hahn kommt eine zentrale Rolle im Ringen um die nächste EU-Finanzplanung bis 2027 und im Brexit zu. Dass die EU-Kommissionsschefin Ursula von der Leyen den Posten des EU-Budgetkommissars an einen Vertreter aus dem Klub der EU-Nettozahler vergibt, ist ein kluger Schachzug. Hahn wird die reicheren Netto-

zahler und insbesondere die österreichische Bundesregierung vom Mehrwert des EU-Budgets überzeugen müssen.

Zur Ablehnung des Mercosur-Abkommens meinte Hahn, er begrüße, dass die Bundesregierung anerkenne, dass es eines internationalen Regelwerks für den Handel bedürfe. Heute habe die EU die wirtschaftliche Macht, Verträge abzuschließen, in zehn oder 20 Jahren werde das anders sein. Da die neue Regierung gesagt habe, der aktuelle Mercosur-Vertrag könne nicht unterstützt werden, lasse dies die Möglichkeit offen, zu sehen, wie dies andere Länder machen. Man sei noch in der Phase der Begutachtung.



DER EHEMALIGE NOVOMATIC-MANAGER JOHANNES HAHN IST NUN EU-BUDGETKOMMISSAR.

Foto: www.wikimedia.org (European Parliament / CC BY 2.0)

LÄNDLICHES GÜTERWEGE-
NETZ WEITER AUSGEBAUT

Im Februar wurden an die Wegeerhaltungsverbände (WEV) von Landesrat Steinkellner rund 6,8 Mio Euro für Güterwege freigegeben. Die WEV Hausruckviertel, Oberes Mühlviertel, Alpenvorland und Innviertel erhielten die Mittel.

SCHMIEDLECHNER FORDERT
KONTROLLE DER AMA

FPÖ-Agrarsprecher Schmiedlechner fordert eine bessere Kontrolle der AMA sowie der AMA Marketing. „Die Rechnungshofberichte machen immer wieder Mängel deutlich und verlangen Transparenz“, so Schmiedlechner.

EUROPÄISCHE UNION: STEUER
AUF PLASTIKABFÄLLE?

Das EU-Budget für die nächsten Jahre ist heiß umkämpft. Man ist auf der Suche nach neuen Einnahmequellen. Nun scheint die EU-Kommission mit einer Abgabe auf nicht-wiederverwertete Plastikabfälle eine neue Quelle gefunden zu haben.



Fotos (3): www.pixabay.com

STADTRAT RAML ZU WAFFENVERBOTSZONEN:

Mehr Kontrollen in Linz

„Der Angriff mit einem Teleskopschlagstock in der Linzer Altstadt zeigt, dass Verbote strikt kontrolliert werden müssen. Die Polizei hat durch die dort geltende Waffenverbotszone die Möglichkeit, verdächtige Personen auf Waffen zu durchsuchen. Die Kontrollen müssen vor allem am Wochenende intensiviert



werden“, fordert der Linzer Sicherheitsstadtrat Michael Raml. „Kontrollen erfordern Polizisten und da haben wir in Linz einen Engpass. ÖVP-Innenminister Nehammer muss endlich 100 neue Polizeibeamte nach Linz schicken! Nur dann ist das Stadtpolizeikommando voll einsatzfähig.“, erneuert Raml die FPÖ-Forderung.

LINZER VIZEBÜRGERMEISTER MARKUS HEIN:

Stauindex erschienen

Auch im Jahr 2019 war die Stauhauptstadt Wien (+28%), gefolgt von Salzburg (+27%), Graz (+26%) und Innsbruck (+23%). Erst auf dem fünften Platz reiht sich die OÖ-Landeshauptstadt Linz (+22%) in das Ranking ein. Autofahrer verlieren überwiegend in abendlichen oder morgendlichen Stoßzeiten wertvolle Zeit. „Trotz ange-



spannter Verkehrssituation konnten wir uns aber auch heuer wieder gegenüber den anderen Landeshauptstädten behaupten. Auch im weltweiten Vergleich macht Linz (Platz 258) eine gute Figur. So stehen die Linzer sogar weniger im Stau als beispielsweise die Bewohner der Radhochburg Amsterdam (+26%)“, so Hein.

MIETPREISVERGLEICH SIEHT WELS IM VORTEIL:

Günstig wohnen in Wels

Ein für Wohnungsmieter erfreuliches Ergebnis brachte der aktuelle Mietpreisvergleich der Immobilienplattform immowelt.at für Mieter in Wels.

Demnach zählt die Stadt Wels mit einer durchschnittlichen Nettomiete von 9,50 Euro pro Quadratmeter (inklusive Betriebskosten) zu den günstigsten Wohnorten Österreichs.

Vergleichbare Städte wie Villach, Klagenfurt, Bregenz, St. Pölten oder Dornbirn liegen alle über diesem Wert. Auch in der Landeshauptstadt Linz ist der durchschnittliche Mietpreis mit 10,90 Euro deutlich höher. Besonders erfreulich ist ein Vergleich der Mietpreise von 2019 und 2018. Während die Mieten in zehn der zwölf angeführten Städte stiegen (z.B. Inns-

bruck +6 Prozent, Villach +4 Prozent, Klagenfurt +3 Prozent, Linz +2 Prozent), ging der durchschnittliche Quadratmeterpreis in Wels zwischen 2018 und 2019 um vier Prozent (von 9,90 auf 9,50 Euro) zurück.

Zurückzuführen ist diese für die Mieter positive Entwicklung unter anderem darauf, dass in Wels derzeit – dank der regen Bautätigkeiten der Genossenschaften und der privaten Investoren – ausreichend leistbarer Wohnraum vorhanden ist. „Leistbares Wohnen ist Teil der sozialen Verantwortung einer Stadt. Wohnen ist kein Luxusgut, sondern ein Grundbedürfnis. Dieser Vergleich belegt einmal mehr, dass leistbares Wohnen in Wels nicht nur ein Schlagwort ist, sondern tatsächlich umgesetzt wird“, so Bürgermeister Andreas Rabl.



IN WELS SIND DIE MIETPREISE ERNEUT GESUNKEN. LEISTBARES WOHNEN WIRD HIER ERNST GENOMMEN.

KASERNE NACH BURSCHENSCHAFTER BENANNT:

Zeichen der Verständigung

„Als ein Zeichen des gegenseitigen Verständnisses“ betrachtete der FPÖ-Wehrsprecher Reinhard Bösch die Umbenennung der Rosauer- in Bernardis-Kaserne. „Bernardis zeigte - wie viele andere Korporierte - Mut in dunkelster Zeit und setzte sein Leben für die Freiheit seines Landes und für ein rasches Ende des Krieges

ein“, so Bösch. „Diese Umbenennung betrachten wir als ein Umdenken von voreingenommenen Meinungen. Gerade in unserer Zeit schnell gefällter Vorurteile und Ressentiments kann und soll Oberstleutnant Robert Bernardis uns allen ein Vorbild und steter Wächter gegen Unrecht und Tyrannei sein“, betonte Bösch.

**„HINTERTÜRL“ MACHT ES MÖGLICH:**

Kanzler Kurz weicht vom Nein zu Mercosur ab

„Noch ehe die Tinte des Regierungsprogramms getrocknet ist, weicht Kanzler Kurz vom Nein zu Mercosur ab“, sagte FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl.

Die ÖVP hat eine Hintertür ins Programm eingebaut. So heißt es im EU-Kapitel wörtlich „Ablehnung des Mercosur-Handelsabkommens in der derzeitigen Form“. Das schließt Neuverhandlungen eben nicht aus, und genau diese Forderung hat Kurz bereits bei EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen erhoben“, so Kickl. „Werner Kogler hat bei der Regierungserklärung im Parlament noch von der Ablehnung des Abkommens gesprochen. Entweder er will bewusst die Bevölkerung täu-

schen oder er hat selbst nicht bemerkt, wie ihn die ÖVP hier über den Tisch gezogen hat“, erklärte der FPÖ-Klubobmann.

Kickl erinnerte daran, dass die ÖVP noch im September 2019 im EU-Unterausschuss des Nationalrats einem FPÖ-Antrag zugestimmt habe, der die Mitglieder der Bundesregierung aufforderte, „auf europäischer Ebene alle Maßnahmen zu ergreifen, um einen Abschluss des Mercosur-Abkommens zu verhindern“.

„Einmal mehr zeigt sich, was der ÖVP der Parlamentarismus wert ist. Die Grünen schrecken nicht davor zurück, den Erfüllungsgehilfen zu spielen, auch wenn die Umwelt in Gefahr ist“, so Kickl.



Foto: wikipedia.hu (CC BY-SA 3.0)



100 MILLIONEN EURO KOSTET DEN STEUERZAHLER DIE MEDIZINISCHE VERSORGUNG DER HÄFTLINGS.

GESUNDHEITSKOSTEN IM JUSTIZVOLLZUG EXPLODIEREN:

Ausländische Häftlinge

Die budgetär ausgeblutete Justiz trägt Kosten von annähernd 100 Millionen Euro für die medizinische Versorgung für größtenteils ausländische Häftlinge. Geld, das dringend für fehlendes Personal eingesetzt

werden sollte, kritisiert der FPÖ-Parlamentsklub. Momentan werden Gesundheitskosten der mehr als 9.000 Häftlinge - mehr als die Hälfte von ihnen ausländische Staatsbürger - durch den Steuerzahler bezahlt.

Foto: www.wikimedia.org (G/gre / CC BY-SA 2.0)

Foto: www.pixabay.com



MICHAEL SCHNEDLITZ WILL IN DEN ANGRIFF ÜBERGEHEN.

MICHAEL SCHNEDLITZ ALS „SPEER UND SCHILD“ DER FPÖ:

Neuer FPÖ-Generalsekretär

Ihren neuen Generalsekretär Michael Schnedlitz stellte die FPÖ in Wien der Presse vor. „Er wird Speer und Schild für die FPÖ sein“, betonte dabei FPÖ-Chef Norbert Hofer. Schnedlitz stellte indes klar, dass die FPÖ eine Koalition mit dem Bürger eingehen wird.

„Wir stellen uns auf die Seite der Bürger und geben alles, um einen Gegenpol gegen die linksgrüne Regierung zu setzen“, so der Nachfolger von Harald Vilimsky und Christian Hafenecker.

Es gehe jetzt darum, das Vertrauen der Bevölkerung durch harte Arbeit zurückzugewinnen. Die FPÖ werde ihren Kernthemen treu bleiben. Dazu zählen Soziales, Heimat und der Schutz der Bevölkerung. Die neue Bundesregierung mache es der FPÖ da sehr einfach. Schnedlitz will zum Auftakt in jedes Bundesland touren und dabei nicht nur mit FPÖ-Funktionären sprechen, sondern an die eine oder andere Haustüre klopfen. „Wer Tag und Nacht für die Bürger läuft, für den ist auch der Bürger da“, betonte er. „Wenn wir die Ärmel hochkrepeln, werden wir eine Stabilisierung einleiten. Wir werden in der Kommunikation moder-

ner, aber es braucht eine klare Linie“, so Schnedlitz, der auch klarstellte, dass die FPÖ einen klaren Schluss-Strich gegenüber der „Ibiza-Clique“ gezogen hat. „Die Grundlinie steht fest: Strache wird uns nicht in Geiselnhaft nehmen. Ich sehe ihn aber auch nicht als unseren Gegner, sondern vor allem das rot-grüne System“, so Schnedlitz.

Parteichef Hofer kam beim Pressegespräch auch auf die Bundesregierung zu sprechen. Über die jüngste Klausur in Krems meinte er, dass das Huhn kein Ei gelegt habe. Außer der Tarifreform habe es kein konkretes Thema gegeben. Und auch die „1-2-3-Bahnkarte“ sei ein Marketing-Gag, bei dem die Steuerzahler eine Milliarde Euro zuschießen werden müssen. Auch sonst ortete Hofer zwischen ÖVP und Grüne die ersten Zerwürfnisse, etwa bei der Sicherungshaft. „Wird der ‚Krieg der

Welten‘ kommen im Laufe der Zeit?“, fragte er in Anspielung auf das Kurz-Zitat vom „Besten aus beiden Welten“ im Regierungsprogramm.

Die scheidenden Generalsekretäre werden der FPÖ mit anderen Aufgaben zur Seite stehen. Harald Vilimsky wird der Generalbevollmächtigte in Auslandsangelegenheiten, während Christian Hafenecker als Aufdecker - unter anderem im Ibiza-Untersuchungsausschuss - unterwegs sein wird.

STEUERREFORM BELASTET DIE AUTOFÄHRER:

Belastungen für Pendler

Die schwarz-grünen Vorhaben zum Umbau des Steuersystems sind eine ziemlich exakte Kopie der von ÖVP und FPÖ vereinbarten Steuerreform vom Mai 2019 – mit dem einzigen großen Unterschied, dass sich nun grüne Belastungen für die Pendler und Autofahrer abzeichnen. Die ökologischen Aspekte in dieser Steuerre-



SPÖ WOLLTE SCHON VOR JAHREN EINE ROTE JUSTIZ

In der Debatte um die Kritik von Bundeskanzler Kurz an der Staatsanwaltschaft tauchte nun ein internes Papier der SPÖ aus dem Jahr 1997 auf. In dem Papier ermutigten die Roten ihre Genossen, den „Marsch durch die Institutionen“ anzutreten.



EUROFIGHTER-WENDE: AUFLÄRUNG GEFORDERT

Nachdem in einem Gerichtsverfahren in den USA festgestellt wurde, dass Airbus offenbar illegale Zahlungen an Politiker geleistet hat, fordert die FPÖ nun Aufklärung. Die neue Regierung könne nun zeigen, wie ernst es ihr damit ist.



STAATSANWALTSCHAFT PRÜFT: STIMMZETTEL AM KLO

Nach der Gemeinderatswahl in NÖ wurden in der Toilette des Rathauses Ebreichsdorf 14 ausgefüllte Stimmzettel gefunden. Nach einer Anzeige ermittelt jetzt die Staatsanwaltschaft Wiener-Neustadt wegen möglicher Wahlfälschung.



Fotos (3): www.pixabay.com

Foto: www.pixabay.com

NEUE EU-BIO-VERORDNUNG TRITT IN KRAFT:

Heimische Bio-Landwirtschaft durch vorauseilenden Gehorsam in Gefahr

Rund 18.000 Bio-Betriebe wurden in einer Sonderinformation der Bundesministerien für Nachhaltigkeit und Arbeit und Soziales, der Landwirtschaftskammer und der Bio Austria über die neue EU-Bio-Verordnung informiert. Größter Kritikpunkt: Die angebliche Weidepflicht.

Bereits ab dem 1.1.2020 hat nun jeder Bio-Betrieb für Rinder, Schafe und Ziegen einen Zugang zu einer Weide im Umfang von mindestens 120 Tagen pro Jahr zu gewährleisten. Es muss also geweidet werden, wenn es die Witterungs- und Bodenbedingungen zulassen. Dies ist auch deswegen problematisch, weil die betroffenen 18.000 Bio-Bauern erst fünf Wochen vor dem Ende der Ausnahmeregelungen informiert wurden. Entfernungen und die Erreichbarkeit der Weideflächen werden nicht mehr berücksichtigt und Ackerflächen nicht mehr als prozentuell als weidefähige Fläche gewertet. „Wir sind generell nicht glücklich damit, dass viele Höfe innerhalb einer sehr kurzen Frist mit diesen Änderungen konfrontiert sind“, lautet das Sta-

tement von Markus Leithner, Pressesprecher von Bio-Austria. Die EU habe allerdings auf einer raschen Korrektur bestanden.

Weiter soll es durch das Inkrafttreten der neuen Bio-Verordnung ab 2021 auch zu strengeren Vorschriften bei Eingriffen an den Tieren und der Überdachung von Auslaufflächen kommen. Zwar wird etwa das Enthornen weiterhin möglich sein,

AUSNAHMEREGLUNGEN

es könnte aber zur einzelbetrieblichen Genehmigungspflicht kommen. Auch bei der Ausgestaltung von Auslaufflächen wird sich die Größe der erlaubten Überdachung ändern. Es dürfen künftig nur mehr 75 Prozent überdacht sein und nicht wie bisher 90 Prozent.

Die Politik versucht aktuell durch die Teilnahme an der ÖPUL-Maßnahme „Tierschutz Weide“ Zeit zu gewinnen. Diese Maßnahme soll eine Leistungsabgeltung für die Weidehaltung für das Jahr 2020 ermöglichen und darüber hinaus. Mit der Teilnahme an der Weidehaltung soll der Biobetrieb die geforderte Weideverpflichtung für Bio nachweisen.

Daher empfiehlt die Landwirtschaftskammer, dass jeder Betrieb, der noch nicht diese ÖPUL-Maßnahme beantragt hat, dies für all seine Tierkategorien tun solle. Damit sei sichergestellt, die Maßnahme im Jahr 2020 durchführen zu können. Gleichzeitig hat die Interessengemeinschaft der Bio-Kontrollstellen ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das die geforder-



Foto: stock.adobe.com

te Weidepflicht unter die Lupe nahm. Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass „Rechtsakte der Europäischen Union mit einer Begründung versehen sind. Es findet sich in keiner der gesetzlichen Regelungen des EU-Bio-Rechts eine Begründung für einen Weidezwang oder eine Weidepflicht.“ Und noch deutlicher: „An keiner Stelle normiert das Recht der Union eine ‚Weidepflicht‘. Dass diese von manchen Bediensteten der Europäischen Kommission und in manchem Austausch zwischen der Kommission und den Mitgliedsstaaten gleichwohl genannt wird, hat historische Gründe. Die Ausführungen der Kommission beruhen daher nicht auf gegebenem Recht, sondern auf einer fachlich partikularen Sicht dessen, was wünschenswert wäre.“ Die Umsetzung einer



EU-KOMMISSION ÜBERPRÜFTE BIO-VERORDNUNG

Die EU-Kommission hat 2017 die Umsetzung der EU-Bioverordnung in Österreich überprüft und dabei drei „Mängel“ festgestellt, die nun unter kurzer Frist durch Österreich abgestellt werden müssten: 1) Die Ausnahmen von der „Weidepflicht“, 2) Enthornung oder Kupierung von Tieren und 3) die Überdachung der Auslaufflächen.

Foto: stock.adobe.com



Weidepflicht sei also eher vorseilender Gehorsam, als rechtliche Verpflichtung. Das Gutachten kommt zu der Empfehlung, dass Landwirte, an die behördliche Anordnungen ergehen, die von der bisherigen Praxis abweichen, das zuständige österreichische Gericht beschäftigen sollen, um die „Weidepflicht“ überprüfen zu lassen. Dieses Gericht kann die Frage der Auslegung des Unionsrechts durch einen Vorlagebeschluss direkt an den Gerichtshof der

KLAGE ALS WEG?

Europäischen Union in Luxemburg mit dem Ziel der unionsweiten Koordinierung der Auslegungspraxis vorlegen. Dies ist für den betroffenen Landwirt der einzige Weg, zu einer richterlichen Kontrolle zu gelangen. Eine direkte Klage zum Gerichtshof in

Luxemburg ist nicht möglich. Man darf gespannt sein, wie die selbsternannte „Bauernvertretungspartei“ ÖVP und deren Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger die betroffenen Landwirte in dieser Hinsicht – etwa durch Prozesskostenhilfe, eigene Klagen, Interventionen in Brüssel usw. – unterstützen werden. Immerhin trägt die ÖVP seit Jahrzehnten die politische Verantwortung für die Landwirtschaft.

Sollte die neue Bio-Verordnung in ihrer neuen Form in Kraft bleiben, stehen der Bio-Landwirtschaft umfangreiche und vor allem teure Umstellungen bevor, die für den Großteil der Betriebe sogar existenzbedrohend sind. Viele Betriebe haben erst in jüngster Zeit in ihre modernen Stallungen investiert und sich daher verschuldet. In den vergangenen Jahren ist

der Bio-Anteil in der landwirtschaftlichen Produktion in Österreich von Jahr zu Jahr gestiegen und hat mittlerweile 25 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen erreicht. Mittlerweile steigt auch in anderen Ländern wie etwa Deutschland der Anteil an Bio-Flächen. EU-weit sind es sieben Prozent. 2021 soll eine neue Biorichtlinie in der EU in Kraft treten. Über wichtige Fragen wie die für die Biolandwirtschaft zulässigen Pflanzenschutzmitteln wird heftig diskutiert. Sollte ein Großteil der betroffenen Betriebe die geforderten Auflagen nicht erfüllen können und zur Aufgabe der Produktion gezwungen werden, hätte das neben der sozialen Notlage der Betriebsführer, ihrer Angestellten und Familien auch massive negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Der Anteil der

WEIDEPFLICHT ALS STREITFALL IN DER BIO-HALTUNG

Die Juristen sind sich uneins, ob eine Weidepflicht in der Biolandwirtschaft überhaupt rechtlich zulässig ist und empfehlen Betroffenen entsprechende rechtliche Schritte. Sollte alles rechtmäßig sein, dann ist die Verordnung für viele Bio-Bauern existenzbedrohend.

Importe von ausländischen Bio-Lebensmitteln, deren Produktionsbedingungen oftmals unbekannt sind, könnten damit rasch steigen. Die Politik muss also nicht nur im Sinne der Versorgungssicherheit den Fortbestand der biologischen Landwirtschaft gewährleisten und die inländische Produktion von biologischen Lebensmitteln sichern.



KOMMENTAR

Manfred Haimbuchner

BRENNPUNKT SCHULE

Schulen sind einer der wichtigsten Orte, wenn es um den Spracherwerb und damit um die Integration junger Menschen geht. Während die erste Hälfte des Schuljahres 2019/20 fast vorbei ist, sind erste Daten über die Zusammensetzung der Gesamtschülerzahlen bekannt geworden. Beinahe 28 Prozent der Pflichtschüler in OÖ haben Deutsch nicht als Muttersprache. Vor zehn Jahren war der Anteil noch um ein Drittel geringer. Trotz dieser Entwicklung wurde auf Bundesebene im Bildungsbereich wenig für die bessere Integration und den leichteren Spracherwerb getan. Erst die ÖVP/FPÖ-Bundesregierung sorgte für eine erkennbare Kurskorrektur. Die Weichen wurden richtig gestellt. Dieser Kurs muss auch weiterhin beibehalten werden. Weitere Maßnahmen zum effizienteren Spracherwerb sind dringend notwendig. Ausreichende Deutschkenntnisse und gelungene Integration sind der Schlüssel zum beruflichen Erfolg. Experten sind sich einig: Mangelnde Deutschkenntnisse führen zu schlechten schulischen Leistungen. Neben der Schwierigkeit der Unterrichtssprache zu folgen, kommen noch die Problematik einer geringen formalen Bildung und ein meist niedriger beruflicher Status der Eltern hinzu. Gerade in den Ballungszentren sind die Herausforderungen daher besonders groß. Eine Deutschpflicht auch abseits vom Unterricht ist daher ein wichtiger Integrationsschritt.

FPÖ STELLE PROGRAMM FÜR SCHULPOLITIK VOR:

6-Punkte-Plan für Schulen



Landeshauptmann-Stv. Manfred Haimbuchner stellte mit Klubobmann Herwig Mahr und dem Welser Bürgermeister Andreas Rabl ein Programm für die Schulpolitik vor.

Aufgrund der alarmierenden Zahlen sei es hoch an der Zeit, die Bundesregierung zum Handeln aufzufordern: 30.437 Schüler deren Muttersprache nicht Deutsch ist, besuchen derzeit im Land ob der Enns Allgemeinbildende Pflichtschulen (APS). Für die FPÖ Oberösterreich ist daher

einmal mehr klar, dass die Einführung der Schulsprache Deutsch unausweichlich bleibt. Folgerichtig ist diese auch auf Platz 1 des im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellten 6-Punkte Forderungskatalogs unter der Überschrift „Brennpunkt Schule“.

Es gehe nicht darum, Schüler zu schikanieren, stellte Haimbuchner fest. Betonte aber, dass mangelnde Deutschkenntnisse zu schlechten schulischen Leistungen führen würden. Für die Entwicklung der gesamten Gesellschaft sei es daher wichtig, Maßnahmen zur besseren Integration und zum leichteren Spracherwerb zu ergreifen. Neben der Ausweitung des Kopftuchverbots und einem verpflichtenden zweiten Kindergartenjahr bei Sprachdefiziten sollen vor allen Lehrerrechte gestärkt werden. Und, wenn die Eltern „ihre Erziehungspflichten verletzen“, solle es „spürbare finanzielle Sanktionen“ geben, hielt Klubobmann Herwig Mahr fest. Man denke hier etwa über die temporäre Kürzung der Familienbeihilfe nach. Die bereits bestehenden Strafen für Schwänzen sollen zweckgewidmet werden dafür, dass die Kinder Unterricht nachholen, ergänzte Rabl.

GEMEINDE NATTERNBACH ORDNETE RECHTSWIDRIGE ENTFERNUNG AN:

Illegale Zerstörung eines Biberdamms in Natternbach wurde verhindert

Durch die Wachsamkeit eines Gemeinderates und einiger Anwohner konnte die illegale Zerstörung eines Biberdamms in letzter Minute verhindert werden.

Pikant an der Sache ist, dass die Zerstörung des Damms, der überdies auf Privatgrund liegt, durch die Gemeinde angeordnet worden war. Durch eine gerade noch rechtzeitige Intervention des Naturschutzreferenten des Landes Oberösterreich, der Abteilung Naturschutz und der zuständigen Bezirkshauptmannschaft, konnte das rechtswidrige Vorhaben gestoppt werden. „Ich bin erschüttert, dass gerade eine

Gemeinde die Zerstörung eines Biberdamms auf Privatgrund rechtswidrig anordnet. Insbesondere, da dies nicht der erste illegale Eingriff auf Grundstücken in Natternbach ist, die im Eigentum des WWF stehen. Organisationen wie der WWF leisten einen wichtigen Beitrag zum Naturschutz und zur Erhaltung der Artenvielfalt. Ein solch dreistes Vorgehen ist ein Schlag ins Gesicht jedes engagierten Naturschützers“, zeigt sich Naturschutzreferent Manfred Haimbuchner

empört. „Ein derart unverantwortliches Handeln wider die Natur ist völlig inakzeptabel und ist zu unterbinden. Die Erhaltung einer artenreichen Natur und eines funktionierenden Ökosystems liegen in unser aller Verantwortung“, stellte Haimbuchner klar.



GUTES AUS DER ÖSTERREICHISCHEN KÜCHE



Marmorkuchen

Zutaten:

4 Eier
22 dag Butter
12 dag Staubzucker
1 Packerl Vanillezucker
10 dag Kristallzucker
22 dag Dinkelvollkornmehl
5 dag Maizena
1/8 l Milch
1 Zitrone
Rum
1 Prise Salz
20 g Kakaopulver



Zubereitung:

- Eiklar steif schlagen und mit Kristallzucker ausschlagen.
- Die weiche Butter mit Staubzucker, Vanillezucker, Salz, einem Schuß Rum und dem Abrieb einer Zitrone schaumig rühren, nach und nach Eidotter hinzufügen.
- Mehl und Maizena vermengen und abwechselnd mit Eischnee und Milch mit der Dottermasse vermengen.
- Zwei Drittel der Masse in eine Backform füllen. In den Rest der Masse Kakaopulver mischen.
- Die Kakaomasse ebenfalls in die Backform füllen und mit einer Gabel leicht unter die helle Masse ziehen.
- Bei 175°C ca. 70 min backen.

Guten Appetit!



Foto: privat

WARMES WETTER SORGT FÜR GEFÜLLTE LAGER:

Volle Salzlager in OÖ

Nachdem in den vergangenen Wintern die Streusalzmengen auf Rekordniveau lagen, zeigt sich der bisherige Winter von seiner milden Seite. Aktuell wurden 16.112 Tonnen Streusalz verbraucht. „Verglichen mit dem letzten Jahr haben wir heuer rund 58% weniger Streusalzmengen benötigt.



Witterungen sind aber nie vorhersehbar, weshalb sich diese Umstände auch rasch ändern können“, so Infrastrukturlandesrat Günther Steinkellner. Die Bestände an Auftausalz zur Bekämpfung winterlicher Straßenglätte sind in 107 Salzsilos und fünf Lagerhallen sowie einer externen Salzhalle eingelagert.

Foto: www.pixabay.com

FPÖ FORDERT VERBESSERUNGEN FÜR FAMILIEN:

Familien und Zukunft

Im Regierungsprogramm der ÖVP/FPÖ-Regierung 2017 hieß es noch: „Die Familie als Gemeinschaft von Frau und Mann mit gemeinsamen Kindern ist die natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft.“ Von diesem Familienbild ist nun unter der neuen Bundesregierung keine Rede mehr. Deswegen stellte



die FPÖ erneut klar, dass für sie eine Familie aus Vater, Mutter und Kindern besteht. Dieses Familienbild soll daher auch bewusst von der Politik gefördert werden. Die FPÖ fordert Verbesserungen in der Familienpolitik, wie etwa die Weiterentwicklung des Mutter-Kind-Pass, oder auch den Abbau bürokratischer Hürden.

20. NOSTALGIE-SKIRENNEN AM FEUERKOGEL

Bereits zum 20. Mal wird am 14. März auf dem „Sattl“ das Nostalgie-Skirennen veranstaltet. Der Riesentorlauf wird um 12:30 Uhr gestartet. Nach der Siegerehrung wird mit Musik gefeiert. www.nostalgie-schi-gruppe-feuerkogel.org



Deutsche Fotothek

STYRABURG-FESTIVAL IN STEYR UND WIEN

Das Styraburg Extended Festival findet zum 2. Mal im Februar, März und April 2020 in Steyr und Wien statt. Es präsentiert szenische Lesungen mit Weltliteratur von Henry Miller, Antoine de Saint-Éxupéry und Albert Camus. www.styraburg.com



BEETHOVENS „PASTORALE“ IM BRUCKNERHAUS

Am 15. März werden das Orchester Wiener Akademie zusammen mit Melvyn Tan und Martin Haselböck Ludwig van Beethovens berühmte „Pastorale“, sowie ausgewählte Stücke von Wolfgang Amadeus Mozart im Linzer Brucknerhaus geben.



Foto: oben (1): www.wikimedia.org / Deutsche Fotothek; unten (2): www.pixabay.com

MUSICAL IN GMUNDEN: PIPPI LANGSTRUMPF

Die Geschichten von Pippi Langstrumpf werden als Singspiel für Kinder auf die Bühne im Stadttheater Gmunden gebracht. Ein lustiges Musical für Kinder ab sechs Jahren versprechen die Veranstalter. Mehr Infos unter kino-gmunden.at



VOLKSMUSIK IM HOTEL ROYAL IN BAD ISCHL

Jeden Montag von 20-22 Uhr gibt es im Hotel Royal in Bad Ischl bei freiem Eintritt Volksmusik zu hören. An der Hotelbar kann den volkstümlichen Klängen bei einem edlen Tropfen gelauscht werden. Infos: eurothermen.at/bad-ischl



ZITHERMUSIK IM WEISSEN RÖSSL IN ST. WOLFGANG

Kaminfeuer und Zitherklänge: Im Kaminzimmer des Hotels „Im Weissen Rössl“ in St. Wolfgang können Freunde der Zithermusik jeden Montag zwischen 21 und 22:30 Uhr auf ihre Kosten kommen. Infos unter weisses-roessl.at



Fotos (3): Unten/Mitte: www.pixabay.com, Oben: wikimedia.org (Sigmund von Dobschütz / CC BY-SA 3.0)

EIN WICHTIGES FEST IM LÄNDLICHEN BRAUCHTUM:

Mariä Lichtmeß - das letzte Fest der Weihnachtszeit

Am 2. Februar feierten wir das Fest Mariä Lichtmess, 40 Tage nach der Geburt Christi. 40 Tage sind in der christlichen Tradition ein Zeitmaß, das sich immer wieder findet. Das Fest ist das letzte Fest der Weihnachtszeit und spielte im bäuerlichen Leben eine große Rolle.

Traditionell ist Mariä Lichtmess auch der Zeitpunkt, an dem die Weihnachtskrippen abgebaut werden. Früher wurde der Christbaum noch mit ein paar Meisenringen geschmückt, in den Garten gestellt, um den Wintervögeln noch über die kalte Zeit zu helfen. Da jetzt die Tage spürbar länger werden, ist Mariä Lichtmess auch das Fest, an dem in der Kirche die Kerzen geweiht werden, welche dann übers Jahr zu allen Gelegenheiten, seien es Hochzeiten, Taufen oder Begräbnisse, entzündet werden. Lange Zeit glaubte man an die Heilkraft des Lichtes bei Krankheit und Naturkatastrophen. Darum wurden auch die Wetterkerzen und die Kerzen für die Wöchnerinnen an diesem Tag geweiht. Doch das Fest war früher nicht nur im religiösen Leben sondern auch im bäuerlichen Wirtschaftsjahr von großer Bedeutung. Der Tag galt als Beginn des ländli-

chen Arbeitsjahres („Bauernneujahr“). An diesem Tag wurde dem Dienstpersonal, den Mägden und Knechten, ihr jährlicher Verdienst ausgezahlt. Neben dem Erhalt des Geldes waren noch materielle Güter, so zum Beispiel Kleidung oder Stoffe, inbegriffen. Auch wurden neue Arbeitsverträge ausgehandelt und die Dienstboten konnten sich für ein weiteres Jahr verpflichten, wenn der Bauer

sie gut behandelt hatte. Die drei Tage nach Lichtmess waren meist der einzige Jahresurlaub. Sprachforscher nehmen auch an, dass der Begriff „Mensch“ für eine junge Frau aus der früheren Bezeichnung einer weiblichen Bediensteten kommt. Man nannte sie „Mensch“ in Kombination mit ihrem Aufgabenbereich, zum Beispiel „Kuchlmensch“ für eine Küchenmagd.



DAS LÄNDLICHE BRAUCHTUM IST ENG MIT DEN CHRISTLICHEN FESTEN VERBUNDEN.

Foto: www.wikimedia.org (Silar / CC BY-SA 3.0)

FPÖ FÜR EINRICHTUNG VON PFLEGESCHULEN:

Mahr: Auch Pflegelehre muss ermöglicht werden

Die FPÖ begrüßt die Idee einer Pflegeschule grundsätzlich. Der Fokus müsse aber auf die Attraktivierung der Ausbildungsmöglichkeiten gelegt werden.

„Die Maßnahme ist zu begrüßen, Interessierte müssen bereits in jungen Jahren abgeholt werden. Damit wird einer langjährigen Forderung zur Integration der Pflegeausbildung in das Regelschulwesen nachgekommen. Zusätzlich muss aber eine eigene Pflege-Lehre

geschaffen werden. Denn es gibt genügend junge Leute, die früher in die Berufsausbildung einsteigen wollen und keine längere Schullaufbahn anstreben“, kommentiert FP-Klubobmann Herwig Mahr den ab Herbst geplanten Schulversuch von Sozialminister Anschöber. „Durch die Pflege-Lehre profitieren Pflegebedürftige schneller. Auszubildende werden weitaus früher schrittweise an die tägliche Arbeit im Pflegeberuf herangeführt“, betont Klubobmann Mahr.



KLINGER: ÜBER 300.000 EURO LANDESMITTEL:

Abwasserentsorgung steht

„Für verschiedene Projekte und Maßnahmen zur Durchführung einer geordneten Abwasserentsorgung zum Schutz der Umwelt werden Landesmittel von über 300.000 Euro bereitgestellt. Die betroffenen Projekte wurden bereits in der Sitzung der Kommission Wasserwirtschaft positiv behandelt“, erklärt Wasser-Landes-



rat Wolfgang Klinger. Dem Ministerium liegen ebenfalls die Grundsatzbeschlüsse der einzelnen Bauabschnitte vor. „Es freut mich, dass wir die Bereitstellung der Landesmittel beschließen konnten. Diese Projekte tragen zu einer besseren Abwasserentsorgung bei und sind somit ein wichtiger Beitrag“, so Klinger.



SICHERHEITSLANDESRAT WOLFGANG KLINGER IST AUCH DANKBAR FÜR ZAHLREICHE EHRENAMTLICHE HELFER.

LANDESRAT WOLFGANG KLINGER MIT LOB FÜR EINSÄTZE:

Dank an OÖ Einsatzkräfte

„Die Feuerwehren haben wieder gezeigt, dass sie für die Sicherheit unserer Bevölkerung eine der wichtigsten Stützen sind“, zeigt sich Landesrat Wolfgang Klinger beeindruckt.

„Mein Dank gilt allen eingesetzten Mitgliedern für ihren Einsatz. Auch den Mitarbeitern der Landeswarnzentrale gilt es ‚Danke‘ zu sagen. Sie alle haben uns heute vor Au-

gen geführt, dass unser Feuerwehrsystem ein unverzichtbarer Garant ist, wenn es darum geht Unwetterereignisse und Schadensfälle zu bewältigen“, so Klinger weiter.

Im Jahr 2019 bestritt die Feuerwehr in OÖ insgesamt 58.952 Einsätze. 6,88 Millionen ehrenamtliche Einsatzstunden wurden von den Freiwilligen Helfern der Feuerwehr geleistet. Ein erfreuliches Plus gab es 2019 bei der Mitgliederentwicklung: Insgesamt waren 94.233 Mitglieder für die Feuerwehren im Einsatz, das sind 2.395 mehr als im Vorjahr. Ein dichtes Netz an Feuerwehren sorgt tagtäglich für Sicherheit in unserem Land. Auf gemeinnütziger Basis setzen Mitglieder der Feuerwehr täglich ihr Leben aufs Spiel, um anderen zu helfen.



IM ERSTEN HALBJAHR 2020 IST SICHERHEIT DER SCHWERPUNKT:

Im Zeichen der Sicherheit

„Im ersten Halbjahr haben wir den Schwerpunkt ‚Sicheres Oberösterreich‘ festgelegt. Es steht ganz im Zeichen der Sicherheit unserer Heimat und seiner Menschen. Wir werden uns unter anderem mit der Problematik der steigenden Ju-

gendkriminalität beschäftigen. Die Situation wird von Jahr zu Jahr kritischer. Hier muss man dringend etwas unternehmen“, kündigt Klubobmann Ing. Herwig Mahr am Jahresbeginn eine Sicherheits-Initiative der FPÖ Oberösterreich an.

NACH URTEIL DES VERFASSUNGSGERICHTS:

Anpassung der Sozialhilfe

Das Sozialhilfegrundgesetz wurde 2019 vom Verfassungsgerichtshof (VfGH) im Großteil bestätigt. Lediglich zwei Punkte wurden in ihrer jetzigen Form aufgehoben: der Arbeitsqualifizierungsbonus und die gestaffelten Leistungen für Kinder. Das macht es notwendig, auch das OÖ Ausführungsgesetz anzupassen. ÖVP



WIRTSCHAFTSKAMMERWAHL

Freiheit für die Wirtschaft

Österreichweit tritt die Freiheitliche Wirtschaft (FW) mit mehr als 2.500 Kandidaten und an die 3.000 Unterstützern bei der WK-Wahl von 2.-5. März 2020 an. „Freiheit, Unabhängigkeit und die Möglichkeit persönlicher Entfaltung sind für viele Menschen ein wichtiger Antrieb, den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen“, so der Bundesobmann der FW und WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn.

Der OÖ Spitzenkandidat ist Michael Fürtbauer aus Ohlsdorf. Sein politisches Ziel: „Ich will faire Bedingungen für kleine und mittlere Unternehmer. Multinationale Digitalkonzerne zahlen weniger Steuern als jeder heimische Betrieb, bürokratische Auflagen machen das Unternehmerleben schwer oder die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit ist in Österreich enorm. Ich will Fairness und Freiheit für Unternehmer.“



Foto: Freiheitliche Wirtschaft Oö

und FPÖ haben dazu eine Regelung erarbeitet, die an den Vorgaben des bisherigen Modells festhält und der Judikatur entspricht. Die Änderungen wurden im OÖ-Lantag beschlossen. Demnach sind etwa auch weiterhin Sanktionen für Integrationsverweigerer möglich. Die Sozialhilfe sieht dafür ein mehrstufiges System vor.

NÖ FPÖ-AGRARSPRECHER REINHARD TEUFEL ÜBT KRITIK AN DER AMA:

Warum bekommen Palmöl-Produkte eigentlich das AMA-Gütesiegel?

Der NÖ FPÖ-Landtagsabgeordnete Reinhard Teufel kritisiert die Vergabe des AMA-Gütesiegels für Produkte, die Palmöl enthalten.

„Offenbar will die NÖM nicht existierende niederösterreichische Palmölbauern fördern, denn anders ist nicht erklärbar, warum das bedenkliche Palmfett in deren Produkten verwendet wird“, zeigte Teufel auf. Noch unverständlicher sei, warum diese Produkte auch noch ein AMA-Gütesiegel erhalten würden, so Teufel.

Die Produktion von Palmöl sei bedenklich, gelte sie doch als umweltschädigend bzw. nicht nachhaltig. „Dabei ist hervorzuheben, dass in Österreich genug ande-

re Pflanzenöle und tierische Fette aus eigener Produktion vorhanden sind um Palmöl unproblematisch zu ersetzen“, betonte Teufel. Die Abholzung großer Regenwaldflächen zur Anlage von Ölantagen habe verheerende Folgen für die Umwelt und verursache zudem hohe CO₂-Emissionen. Es sei daher das Gebot der Stunde auf Palmöl zu verzichten, forderte der Freiheitliche. Palmölplantagen hätten laut



Umweltorganisationen wie Global 2000 den höchsten CO₂-Fußabdruck pro Fläche, von allen global relevanten landwirtschaftlichen Produkten, so Teufel, der schon auf die Maßnahmen der türkisch-grünen Regierung gespannt ist, die sich die CO₂-Reduktion auf die Fahnen geschrieben hat. Auch sollte das AMA-Gütesiegel sorgsamer vergeben werden. „Wo Palmöl drinnen ist, kann kein Gütesiegel drauf sein“,

fasste Teufel zusammen. „Die völlig unnötige Verwendung von Palmöl ist jedenfalls ein Affront gegenüber den heimischen Bauern und muss eingestellt werden“, fordert Teufel. Man dürfe auch nicht vergessen, dass die heimischen Bauern die AMA mit ihren Beiträgen finanzieren.



WENIGER ALS JEDER

Immer mehr Kühlregale

Im Laufe des vergangenen Jahres hat die sogenannte ESL-Milch (Extended Shelf Life), die Frischmilch fast vollständig aus den Kühlregalen des Handels verdrängt. Kritiker befürchten durch die Etikettengestaltung eine große Konsumenttäuschung.

Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) hat sich die verschiedenen ESL-Milch-Produkte näher angesehen und kommt zunächst zu dem Ergebnis, dass die Kennzeichnung oft mangelhaft sei. So findet man bei einigen Herstellern den Begriff „länger haltbar“ oder „länger frisch“ nur im Kleingedruckten. Ein weiterer Hersteller lobt seine ESL-Milch wiederum als „naturnah“, obwohl die Milch unter anderem pasteurisiert und homogenisiert wurde. Ebenso seien Angaben „wie damals“ oder „die gute tägliche Milch“ für eine ESL-Milch entbehrlich, so die Tester. Frische Vollmilch sei in den Regalen fast gänzlich von der ESL-Milch verdrängt worden, erklärt der VKI. We-

MILCH KANN ANTIBIOTIKA ERSETZEN

Neuartige Mikrofiltrationsmembranen machen es möglich, Antikörper aus der Milch abzutrennen und soweit anzureichern, dass sie als Ersatz für Antibiotika eingesetzt werden können, so die AG industrieller Forschungsvereinigungen (AIF).



SCHWEINEBESTAND NAHEZU UNVERÄNDERT

Die Zahl der Schweine in Österreich blieb 2019 mit einem Minus von 0,1% (3.300 Tiere) nahezu unverändert bei 2,77 Mio. Tieren. Das zeigt die Erhebung des Nutztierbestands für das Jahr 2019 durch die Statistik Austria zum Stichtag 1. Dezember.



FAST 80 PROZENT DES RINDFLEISCHS:

Billigfleisch aus Holland flutet den Markt

Fast 80 % des Fleisches für das Wiener Schnitzel kommen bereits aus Holland oder Brasilien. Heimische Qualität ist zwar teurer, dafür aber nachhaltig.

„Eine gewaltige Baustelle haben wir beim Kalbfleisch“, so Werner Habermann, Geschäftsführer der Arge Rind. Je nach Rasse kostet ein Kalb derzeit 70 bis 400 Euro. Skandal-Preise wie acht Euro in Deutschland gibt es bei uns noch nicht. Der Preis fällt aber auch hierzulande und die Kette vom Schlachter bis zum Teller kostet mehr als früher. Der Preisvergleich zeigt

deutlich, wie umkämpft der Fleischmarkt derzeit ist: Ein Kilo brasilianisches Rinderfilet kostet aktuell im Großhandel 19,90 Euro, österreichische Qualität liegt bei etwa 36 Euro. Vor allem im Gasthaus landet oft ausländische Billigqualität am Teller, kritisieren Produzenten. Im Gasthaus kann der Konsument selten überprüfen, woher das Fleisch stammt. Das Problem verschärft sich noch, weil Konsumenten immer mehr außer Haus essen. Die Freiheitliche Bauernschaft fordert daher seit Langem eine durchgehende Kennzeichnungspflicht.





ÜBER DIE HÄLFTE DER KONSUMENTEN
WÜNSCHEN SICH ECHTE FRISCHMILCH.
IN DEN REGALEN DER SUPERMÄRKTE
FINDET MAN SIE ABER IMMER SELTENER.

Foto: www.pixabay.com

ZWEITE LITER IST ECHTE FRISCHMILCH:

Der ESL-Milch in den Supermärkte

niger als jeder zweite Liter Milch ist mittlerweile noch echte Frischmilch.

Die Freiheitliche Bauernschaft OÖ stellte bereits im Jahr 2018 einen Resolutionsantrag an die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer, um diesen Missstand in der Kennzeichnung abzustellen. Die ESL-Milch beinhaltet weniger Vitamine und Mineralstoffe als Frischmilch. 62 Prozent der Österreicher bevorzugen aber frische Konsummilch. Das ergab eine Befragung

ETIKETTENSCHWINDEL

zum Thema Milch, welche die AGES im Jahr 2017 in Auftrag gegeben hat. „Gekauft wird aber von den meisten Konsumenten Milch, die unter den Begriff der ESL-Milch fällt. Diese Milchsorten verdanken ihre längeren Haltbarkeiten, höheren Pasteurisationstemperaturen (hocherhitzt), oder der Kombination von Pasteurisation mit einem zusätzlichen Verarbeitungsschritt wie Filtration oder Zentrifugation“, so die AGES, die zum Schluss

kommt: „Das Ergebnis zeigt, dass Konsumenten scheinbar nicht die Milch kaufen, die sie für die beste halten, nämlich Frischmilch mit einer Haltbarkeit von weniger als elf Tagen.“ Für die Freiheitlichen Bauern liegt der Grund dafür am Aufdruck „länger frisch“, der auf ESL-Milchpackungen die Frische nur vortäuscht, die der Kunde eigentlich wünscht. Denn mit Frische hat eine bis zu 27 Tage haltbare Milch nichts zu tun. „Es gibt also einen deutlichen Unterschied zwischen Frischmilch und einer ESL-Milch. Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben daher auch ein Recht darauf, klar darüber informiert zu werden, um welches Produkt es sich handelt“, sagt VKI-Projektleiterin Nina Siegenthaler. Eine klare Kennzeichnung bei ESL-Milch, insbesondere die Änderung der Bezeichnung „länger frisch“ auf „länger haltbar“, wie es auch der VKI für zutreffender hält, wäre dem Konsumenten dienlich. Der Antrag der Freiheitlichen Bauern wurde von der Vollversammlung angenommen.

Foto: www.pixabay.com

JKU-STUDIE: ARBEITSPLÄTZE IM LAND

Heimische Lebensmittel

Eine neue Studie der JKU zeigt, dass heimische Lebensmittel eine enorme Chance für Umwelt, Klima und den österreichischen Arbeitsmarkt sind.

„Global denken – lokal handeln: Mehr heimische Lebensmittel aus Österreich“ – so der Titel der JKU-Studie, die die Auswirkungen des stärkeren Konsums heimischer Lebensmittel untersuchte. Die konkreten Zahlen zeigen die Folgen, wenn die Importe von Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Produkten um zehn Prozent reduziert und durch inländische Produkte

ersetzt werden. Der Studie zufolge erhöht sich dann das BIP um 1,8 Milliarden Euro und 21.187 Arbeitsplätze



WEGEN CORONA-VIRUS:

Warnung vor Fleisch aus China

Aktuell wird vor dem Konsum von chinesischem Fleisch wegen des Corona-Virus gewarnt. Bei einer Stichprobe in Filialen von fünf Supermarktketten in Deutschland wurden Geflügel- und Kaninchenfleisch als Tiefkühlware aus China gefunden. Das Problem ist allerdings auch hierzulande, dass in Österreich die Herkunftskennzeichnung nur mangelhaft ist, so dass der Konsument in vielen Fällen nicht erkennen kann, woher die Produkte ursprünglich stammen.

Foto: www.pixabay.com

werden gesichert oder neu geschaffen.

2015 wurden Nahrungsmittel im Wert von mehr als neun Milliarden Euro importiert – ein Zuwachs von 50 Prozent seit 2007. Allein daraus lässt sich das Potenzial erkennen, das durch eine Importreduktion und einer höheren Nachfrage nach inländischen Produkten für die heimische Wertschöpfung und die Beschäftigung besteht. Friedrich Schneider, der Leiter

der Studie, bezieht auch den Preisfaktor mit ein: „Heimische Produkte sind oftmals nicht so viel teurer als importierte, als dass es vielen nicht

möglich wäre, den einen oder anderen Euro mehr auszugeben und dafür auf heimische Produkte zu setzen.“

MILCH OHNE KUH: UNTERNEHMEN MACHT „ZELLENMILCH“

TurtleTree Labs aus Singapur ist das erste Unternehmen, das eine Technologie zur Herstellung von Milch aus tierischen Zellen einsetzt, ohne dass noch eine Kuh erforderlich ist. TurtleTree produziert mithilfe von Milchdrüsenzellen Vollmilch.



AGRANA: WENIGER ZUCKER-RÜBEN VERARBEITET

Agrana hat die Rübenkampagne 2019/20 in allen ihren sieben Zuckerfabriken in Österreich, Ungarn, Tschechien, der Slowakei und Rumänien beendet. Insgesamt stellte Agrana aus 4,6 Mio. Tonnen Rüben rund 650.000 Tonnen Zucker her.



Fotos (2): immedia / Morocutti

LAND OBERÖSTERREICH WILL SENSIBILISIEREN:

Mehr Mischwald sollte es sein



MISCHWALD: DAS LAND OBERÖSTERREICH APPELLIERT AN ALLE WALDBEWIRTSCHAFTER.

Foto: pixabay.com

Was für ausgebildete Forstleute seit einigen Jahren zum täglichen „Waldbau-Brot“ gehört, hat das Land Oberösterreich jüngst nochmals extra betont: Standortgerechte Mischwälder sind beim Waldumbau oder bei der Bestandesbegründung anzustreben. Der Borkenkäfer, Stürme und Schneedruck haben es in Österreich von 2017 bis 2019 „geschafft“, dass 63.000 ha Waldfläche nicht mehr bestockt sind. In OÖ sind davon allein 6.000 ha

Waldfläche betroffen. Noch sind insgesamt 42 Prozent des Landes bewaldet - und das soll auch in Zukunft so bleiben. 2018 fielen in OÖ rund zwei Millionen Festmeter an Schadholz an, mehr als die Hälfte ging allein auf das Konto des Buchdruckers, der Rest wurde durch Sturm, Schneedruck und Eschensterben verursacht. Rund 3,5 Millionen Festmeter wurden insgesamt geschlägert, so viel wie noch nie in OÖ. Politik und Forstdirektion er-

innerten daher nochmals daran, dass nur der standortgerechte Mischwald zukünftig stabile Erträge erwirtschaften wird. Nicht nur die Vitalität des Bestandes – und damit der Wert – steigt, sondern auch die Risikostreuung, wenn eine Baumart – etwa durch Forstschädlinge – ausfallen sollte. So erinnerte Landesforstdirektorin Elfriede Moser an die natürlichen Waldgesellschaften: unter 750 Metern Seehöhe ist der Eichen/Hainbuchen-Wald heimisch, zwischen 750 und 1.200 Metern der Tannen/Kiefer/Rotbuchen-Wald, zwischen 1.200 bis 1.600 Metern der Fichten/Tannen/Rotbuchen-Wald und über 1.600 Metern Fichte/Lärche/Zirbe/Bergahorn.

Auch Univ.-Prof. Eduard Hochbichler, Leiter des Waldbau-Instituts an der BOKU in Wien, sieht in der Fichte unter 750 Metern einen akuten Risikofaktor: „Die Fichte hat in unteren Waldhöhenstufen, etwa im Hausruck oder in der Gegend von Gmunden

wenig Chancen. Waldbesitzer tun gut daran, mit Eichen oder Edellaubbäumen aufzuforsten. In höheren Stufen ist Buche, Fichte, Tanne zu je einem Drittel eine Perspektive.“ Zwar werde der Waldumbau noch Jahrzehnte beanspruchen, aber „Wirtschaftswald ist eine wichtige Säule im ländlichen Raum“, so Hochbichler weiter.



AMATEURE BEMÜHEN SICH:

Das Bild der Jagd in sozialen Medien

Für das Öffentlichkeitsbild der Jagd werden die sozialen Medien immer wichtiger. Auf Plattformen wie Youtube oder Facebook erreichen Jäger und Naturfilmer mit hochprofessionellen Inhalten inzwischen viele tausend Zuseher und Leser. Die Chance, der nichtjagenden Bevölkerung ein positives Bild der Jagd und der Naturnutzung zu vermitteln, wurde mittlerweile von vielen Jägern erkannt und genutzt.

Doch wo Licht ist, ist immer auch Schatten. Noch immer gibt es viele Jäger, die etwa unvorteilhafte Streckenbilder ins Netz stellen und sich über die teilweise wütenden Reaktionen wundern. Es gehört laut Experten ein gewisses Fingerspitzengefühl dazu, alle Aspekte der Jagd einer zunehmend urbaner werdenden Bevölkerung zu vermitteln. Die verschiedenen Landesjagdverbände sind in ihren Auftritten in den sozialen Medien in den letzten Jahren auch immer professioneller geworden und sollten ihre Mitglieder im Umgang mit diesen Medien zukünftig unterstützen.

IKEA KAUFT GROSSE WALDFLÄCHEN IN DEN USA

Insgesamt 50.000 Hektar Wald besitzt die Ingka Investments, ein IKEA-Unternehmen, inzwischen in den USA. Der Möbelgigant kaufte in Ost-Texas heuer 17.000 ha, in Südost-Oklahoma 7.300 ha. Auch in Alabama (10.000 ha) und South Carolina (6.900 ha) besitzt das Unternehmen seit einiger Zeit große Waldflächen, die durch den IKEA-Partner Campbell Global, ein Investor für nachhaltige Waldwirtschaft, verwaltet werden.



Foto: www.pixabay.com



AUCH IN MODERNEN ZEITEN HÄNGEN DIE WILDERER DAS GEWEHR NICHT AN DEN NAGEL.

HOHE BELOHNUNG DURCH JAGDPÄCHTER AUSGELOBT:

Wieder Wilderer in Tirol

Hirschwilderei hält die Tiroler Polizei in Atem. Im Gemeindegebiet von Tarrenz wurde erneut ein Hirsch der Klasse I illegal geschossen. Anschließend trennte

der Täter das Haupt sowie die linke Keule ab und verschwand. Die Revierpächter und die Bezirksjägerschaft haben eine hohe Belohnung zur Ergreifung ausgelobt.

Foto: pixabay.com



MÖGLICHT FRÜH SOLLEN KINDER -
ETWA AUCH IN DER SCHULE - AN DIE
NATUR HERANGEFÜHRT WERDEN.

INITIATIVE DER LAND & FORST BETRIEBE:

Projekt „Wald trifft Schule“

Obwohl sich Jugendliche immer mehr für die Themen des Klima- und Umweltschutzes interessieren, nimmt das Wissen um ökologische Zusammenhänge und die Vielseitigkeit des Waldes immer mehr ab. Eine Entfremdung der Jugendlichen von der Natur ist zu beobachten. Daher hat das Projekt „Internetplattform Wald & Forst“, das auf Initiative der Land & Forst Betriebe Österreich gegründet wurde, sich zum Ziel gesetzt, Bewusstseinsbildung in den Schulen zu betreiben.

Gefördert durch Mittel von Bund, Ländern und Europäischer Union, will das Projekt unter anderem qualitätsgesicherte Unterrichtsmaterialien zentral für die Lehrer zur Verfügung stellen. Es sei oftmals ein Problem für Pädagogen, geeignetes Material selbst zu recherchieren und für den Unterricht der verschiedenen Schulstufen aufzubereiten. Hier will das Projekt Abhilfe schaffen und zugleich einen Austausch zwischen Lehrern und Forstpraktikern herbeiführen.

IN DER FORSTBRANCHE HERRSCHT VORSICHTIGER OPTIMISMUS:

Rundholzpreis steigt

Obwohl der Rundholzpreis in naher Zukunft wieder nachhaltig steigen könnte, werden viele kleinere Forstbetriebe davon nicht profitieren. So sahen das zumindest die Experten bei den Wald & Holz Gesprächen in Kuchl Ende November des vergangenen Jahres. Es sei zu beobachten, dass der Kleinprivatwald den Einschlag mittlerweile fast gänzlich eingestellt habe. Aber auch die Österreichischen Bundesforste (ÖBf) hätten den Einschlag 2019 um 100.000 fm reduziert.



Tatsächlich hat 2018 erstmals das Volumen des geernteten Schadholzes (rund 10 Mio. fm) jenes der regulären Nutzung (etwa 9 Mio. fm) überstiegen. Gutes Sägerundholz sei für die Sägeindustrie also in den nächsten Monaten schwerer zu bekommen. Daher rechnen Experten mit einem weiteren Anstieg der Preise im heurigen Jahr. Ob es der Sägeindustrie allerdings gelingen wird, das Holz in den Kleinväldern zu aktivieren, ist trotzdem fraglich. Der Preis könnte also noch steigen.

Foto: www.pixabay.com

LAND OBERÖSTERREICH SICHERT FINANZIERUNG:

Wildschutzprojekte 2024

Im Jahr 2010 hat das Land Oberösterreich, gemeinsam mit dem Landesjagdverband und fünf Versicherungen das Projekt „Wildschutz“ gestartet. Seitdem wurden 600 Straßenkilometer in 15 Bezirken mit mehr als 26.000 optischen und akustischen Wildwarngeräten ausgestattet.

Mehr als 1,3 Mio. Euro flossen bisher in das Projekt, das laut Statistik die Wildunfälle an entsprechend ausgerüsteten Straßenabschnitten um 75 Prozent verringert hat. Allein im Jagdjahr 2018/2019 gab es 1.891 Wildunfälle weniger, als im Vorjahr. „Durchschnittlich

werden jährlich rund 30 Kilometer des oberösterreichischen Landesstraßennetzes mit optischen und akustischen Wildwarngeräten ausgerüstet und dadurch die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer deutlich erhöht. Ich möchte mich bei allen Kooperationspartnern für die gemeinschaftlich, erfolgreiche

Zusammenarbeit bedanken“, so Verkehrslandesrat Günther Steinkellner. Zusätzlich werden auch in der oö. Jagd-App des Landesjagdverbandes alle Wildunfälle von den Jägern sofort in Karten eingetragen. So können Hotspots für Wildunfälle rascher erkannt werden.



AUCH IN DER TSSCHEHEI:

Schadholz bei unseren Nachbarn

Ähnlich wie in Deutschland, sind auch bei den tschechischen Nachbarn im Jahr 2019 große Schadholzmengen angefallen. Insgesamt 66.000 ha Wald wurden durch Borkenkäfer zerstört. Laut dem tschechischen Waldbesitzerverband belaufen sich die Kosten für die Aufforstung auf rund 300 Mio. Euro.

Foto: www.pixabay.com

DÄNEMARK BAUT ASP-ZAUN AN DER SÜDGRENZE

Die Dänen versuchen, mit Hilfe eines Zaunes, das Schwarzwild von der Einwanderung abzuhalten. Damit will man die Schweinebauern vor dem ASP-Virus schützen. Der Zaun mit einer Höhe von 1,50m erstreckt sich über 70km entlang der deutschen Grenze.



SCHADHOLZMENGE HAT SICH 2019 VERDOPPELT

In Deutschland hat sich die Schadholzmenge im Vergleich zu 2018 mehr als verdoppelt. Insgesamt sind bis September 2019 70 Mio. fm angefallen. Die größten Anstiege an Schadholz gab es in Brandenburg (7 Mio. fm) und Nordrhein-Westfalen (4,5 Mio. fm).



Fotos (2): www.pixabay.com



FAMILIENBETRIEBE SIND EIN GARANT FÜR
TIERWOHL, NATUR- UND UMWELTSCHUTZ UND
VERSORGEN DIE BEVÖLKERUNG MIT GUTEN
LEBENSMITTELN.



△ Die Freiheitlichen Bauern wollen durchgehende Kennzeichnung.

Die EU ist leider getrieben von den Interessen des Handels. ▷

Foto: stock.adobe.com

DER WIRTSCHAFTLICHE TEUFELSKREIS, DEN DER HANDEL MIT SEIN

Zukunft Landwirtschaft - Weiterw

Nur 17 Jahre hat die ÖVP seit 1945 nicht das Landwirtschaftsministerium geleitet. Gute Kontakte nach Brüssel hat sie stets hervorgehoben. Heute stehen die Bauern einer Handelsdiktatur gegenüber. Wird dieses System nicht auf den Kopf gestellt, geht das Bauernlegen weiter.

„Eine ‚gmahde Wiesn‘ für den Bauernbund“, betitelte eine Zeitung einen Bericht zum Ausgang der LK-Wahl in Salzburg, denn die Vorherrschaft wurde auf fast 80 Prozent ausgebaut. Doch wäre ein starker Bauernbund ein Garant dafür, dass es unseren Bauern gut geht, dann würde sich die heimische Landwirtschaft nicht in einem Wettbewerb mit Ländern wiederfinden, deren Umwelt- und Sozialstandards nicht mit unseren vergleichbar sind.

„Eure Lebensmittel seien eure Medizin“, von diesem Grundsatz war die Hl. Hildegard v. Bingen, die im 12. Jahrhundert lebte und 81 Jahre alt wurde, überzeugt.

Davon ist die Agrar- und Lebensmittelindustrie heute weit entfernt. Je mehr man sich mit der Qualität und Herkunft von Lebensmitteln, insbesondere von verarbeiteten Produkten, beschäftigt, umso fassungsloser wird man. Die Bezeichnung „österreichische Herkunft“ sagt beispielsweise nichts darüber aus, ob das Lebensmittel tatsächlich aus Österreich stammt. Denn hat die Her-

HEIMISCHE PRODUKTE?

stellung in mehreren Ländern stattgefunden, bestimmt das Zollrecht dasjenige Land als Ursprungsland, in dem die Ware den „letzten wesentli-

chen und wirtschaftlich gerechtfertigten Be- oder Verarbeitungsschritt“ erfahren hat. Und so ist es ganz legal, wenn das Schwein für einen österreichischen Schinken aus einer Mastfabrik in den Niederlanden stammt. Mit einer durchgehenden Herkunftskennzeichnung könnte der Konsument durch sein Kaufverhalten diesem Etikettenschwindel entgegenwirken, doch dagegen fährt der Handel schwere Geschütze auf. Auch beim Thema Pflanzenschutzmittel gibt es Lücken. 2008 wurden zwar die Höchstgehalte an Pestizidrückständen bei Lebens- und Futtermitteln im europäischen Wirtschaftsraum

vereinheitlicht, doch für den Import aus Drittländern wurde ein Hintertürchen offen gelassen. Eine sogenannte „Einfuhrtoleranz“ kann laut dem Europäischen Pflanzenschutzverband (EPCA) beantragt werden, wenn ein Erzeugnis in die EU eingeführt werden soll, das einen höheren Rückstandsgehalt

KRANKES SYSTEM

aufweist, oder mit einer Substanz behandelt wurden, die nicht mehr oder noch nicht in der EU verwendet wird. Der Grund für diese Ausnahme ist ebenfalls der EU-Verordnung zu entnehmen: „Um den Erfordernissen des internationalen Handels gerecht zu werden.“

Das System ist krank. Und der Motor dafür ist der Handel. Der Handel, der sich selbst in einem Verdrängungswettkampf befindet,

FREIHEITLICHE BAUERNSCHAFT

OBERÖSTERREICH



Foto: www.pixabay.com



Foto: stock.adobe.com

MASSENTIERHALTUNG, TIERTRANSPORTE UND
FAST ZWEI DRITTEL WENIGER BETRIEBE IN
ÖSTERREICH SEIT DEN 1950ER JAHREN. DAS IST
DAS ERGEBNIS DER EU-AGRARPOLITIK.

NEM PREISKAMPF VORANTREIBT, MUSS DURCHBROCHEN WERDEN:

Wursteln, oder Systemwandel?

gibt die Preise vor und damit er jährliche Gewinne einfahren kann, wird der Preisdruck in der Wertschöpfungskette stetig weitergegeben. Der Bauer erhält letztlich jenen Anteil, der nach Abzug aller Kosten und Gewinne der Verarbeiter und des Handels übrig bleibt. Und wenn am Ende die verarbeitende Industrie aus Kostengründen statt heimischen Produkten auf Produkte der Agrarindustrie zurückgreift, wird das Ziel der EU nach mehr Umwelt-, Tier- und Klimaschutz ad absurdum geführt. Die EU gibt mit der Subventionspolitik die Richtung vor, in die sich ihre Landwirtschaft entwickeln soll. Doch getrieben von den Interessen des Handels und zahlreicher NGO's sind Rahmenbedingungen entstanden, welche die Entwicklung zu immer größeren Betrieben weiterhin fördert. Das Ziel: Die Produktion

von billigen Lebensmitteln. In den 1950er-Jahren gab der Österreicher noch fast die Hälfte seines Budgets für Lebensmittel aus. Aktuell liegen die Lebensmittelausgaben der heimischen Haushalte bei 9,7 Prozent und liegen somit deutlich unter dem EU-Schnitt von 12,1 Prozent. Doch nicht nur die Betriebsgröße nimmt weiter zu, auch die Menge der Zusätze in verarbeiteten Produkten. Es wird jede Möglichkeit genutzt, um billiger zu produzieren. Tricks, wie der Zusatz von Geschmacksverstärkern, Verdickungsmitteln zur Bindung von Wasser, künstlichen Farbstoffen usw., um aus minderwertigen Ausgangsprodukten scheinbar

HANDEL IM ZWIELICHT

gute Wurst herzustellen, ist mittlerweile gängige Praxis. Und während der Konsument

sich im Gütesiegel-Dschungel verirrt und nach mehr Tierwohl schreit, wird er vom Handel und der Verarbeitungsindustrie an der Nase herumgeführt.

Wenn Spar-Chef Gerhard Drexel kürzlich in einem Interview mit „Die Presse“ sagte, dass jeder Bauer froh sein sollte, mit dem Lebensmittelhandel Verträge abschließen

RECHT ANPASSEN

zu dürfen, dann hat er aus seiner Sicht Recht. Denn er muss für sein Unternehmen Gewinne abliefern. Das heißt aber auch, dass die Politik, über Parteigrenzen hinweg, gefordert ist, die rechtlichen Rahmenbedingungen anzupassen, um Familienbetriebe zu fördern. Denn es sind diese Betriebe, ohne die Umweltschutz nicht funktioniert und für die Tierwohl etwas selbstverständliches ist.



BAUERN ALS SCHWÄCHSTE:

Kritik an den Handelsketten

Nicht nur Spar-Chef Gerhard Drexel sorgte mit seinen Aussagen für Wut und Enttäuschung bei den Bauern. Es sind leider keine Einzelfälle, dass der Handel in vielen Fällen nur wenig Verständnis für die Anliegen der Bauern aufbringt. Jüngstes Beispiel: Die Edeka-Werbung in Deutschland mit dem Slogan: „Essen hat einen Preis verdient: den niedrigsten.“

Foto: www.pixabay.com

LEISTBARE HERKUNFTSKENNZEICHNUNG: 100 % RÜCKVERFOLGBAR

Gourmetfein: Völlig neue Maßstä

„Rückverfolgbarkeit von Rohstoffen für die Lebensmittelproduktion ist nicht eine Frage des Könnens, sondern des Wollens.“ Das ist das Credo von KommR Fritz Floimayr, der mit seinem 2004 gegründeten Familienunternehmen in wenigen Jahren einen Vorzeigebetrieb schuf.

Gourmetfein erzeugt nicht nur hochwertigen Leberkäse, Wurst- und Fleischwaren, sondern steht auch für einen neuen Weg der Lebensmittelproduktion, der eigentlich sehr ursprünglich ist. Was waren Ihre Beweggründe, diesen Weg einzuschlagen?

Ich bin auf einem kleinen Bauernhof aufgewachsen. Wir waren eine für damals typische Großfamilie, unsere Eltern haben uns den respektvollen Umgang mit Natur und Tieren vorgelebt. Damals konnten wir noch von einer 13 ha kleinen Vollerwerbslandwirtschaft leben - zwar sehr sparsam, aber ausreichend.

Die Wertschöpfungskette wie sie heute funktioniert, von der Schweinemastindustrie über die Verarbeitungsindustrie bis zum Handel, bezeichne ich als sinnlos und krank. Sie bringt niemandem etwas, außer jenen, die ohnehin schon viel Geld mit Tierleid, der Beschädigung von Grund und Boden sowie Trinkwasser verdienen.

Der Handel ist aber der, der die Preise für die Industrie vorgibt?

Man darf dem Handel nicht die Hauptschuld geben. Er macht nichts anderes als zu schauen, wo er die billigsten Lebensmittel bekommt. Im Wettbewerb bleibt ihm auch nichts anderes übrig, als beim Einkauf zu sparen.

Da bleibt logischerweise der Bauer auf der Strecke. Trotz seiner ausgezeichneten Produkte, seiner Tierhaltung, seiner landwirtschaftlich korrekten Bearbeitung von Grund und Boden sowie der gesamten Pflege der Natur.

Der Handel kann daher auch kein gesteigertes Interesse an Produkten der kleinstrukturierten Landwirtschaft haben. Somit bleibt vielen kleineren Bauern nichts anderes übrig, als ihre Wiesen und Felder an einen größeren Bauern zu verpachten oder zu verkaufen. Die EU hilft seit vielen Jahren mit voller Kraft mit, mit milliardenschweren Subventionen an die ganz großen Bauern und Gutsbetriebe die Kleinen zu schwächen und die Großen zu fördern. So kommt die große Industrie zu billigen Rohstoffen und der Handel zu günstigsten Lebensmitteln.

Das alles auf Kosten von Tier, Boden und der kleinstrukturierten Landwirtschaft bzw. unserer tüchtigen Bauern.

Ich frage mich, ob wir das als zivilisierte Gesellschaft, die ohne

Hunger und Leid sich täglich alles, was man zum Leben braucht, kaufen kann, tatsächlich notwendig haben?

Und was ist Ihre Philosophie?

Würde ich mit meiner Marke und meinem Unternehmen noch schneller wachsen wollen, mehr verdienen wollen, hätten wir unsere Wertschöpfungskette nicht erfinden dürfen. Sie ist einzigartig und ein Erfolgsmodell.

40 Schweine- und 160 Rinderbauern sind Partner und agieren nach den ethischen Grundregeln einer Landwirtschaft. Sie füttern ihre Tiere mit gentechnisch unverändertem Futter - zu rund 90% aus eigenem Anbau, der Rest darf ebenfalls nur gentechnisch unverändertes Soja aus dem Donauraum sein.

Futtermittel aus Südamerika kommen für gourmet-

fein nicht in Frage!

Alle unsere Bauern verzichten aus Überzeugung auf Glyphosat. Den Mehraufwand an Bodenbearbeitung übernehmen alle gerne.

Die Transportdauer der Lebewtiere liegt deutlich unter einer Stunde vom Bauernhof zu einem der beiden Schlachthöfe. Anschließend findet der Transport im Kühlwagen in das gourmetfein Werk statt, wo dann die weitere Verarbeitung erfolgt.

Gourmetfein verarbeitet ausschließlich ganze Fleischstücke zu Leberkäse und Wurst - keine Fleischabfälle bzw. übliches Verarbeitungsfleisch. Wir verwenden keine Geschmacksverstärker, kein Verdickungsmittel für die Bindung von Wasser, keine künstlichen Farbstoffe. Und



KOMMR FRITZ FLOIMAYR IST GRÜNDER DES FAMILIENUNTERNEHMENS GOURMETFEIN UND MISCHT MIT SEINEM KONZEPT DIE LEBENSMITTELBRANCHE GEHÖRIG AUF.



MARKT FÜR RINDFLEISCH ZUM BAUERNHOF, VON DEM DAS FLEISCH KOMMT:

Transparenz in Lebensmittelproduktion

natürlich sind unsere Produkte gluten- sowie laktosefrei.

Wofür steht die gourmetfein Herkunftsgarantie?

Unser spezielles Rückverfolgungssystem ist einzigartig in ganz Europa. Auf allen unseren Produktetiketten, sowohl auf Fleisch- als auch auf Wurstwaren und Leberkäse, kann genau nachgelesen werden, von welchen Bauernhöfen das Fleisch für das Produkt stammt.

Wir holen damit auch die Bauern vor den Vorhang, damit sie Anerkennung und Wertschätzung für ihre wertvolle Arbeit erhalten. Wir können damit garantieren, dass unser Konsument ein hochwertiges Lebensmittel erhält, das seinen Preis wert ist, dabei die Natur geschützt und auf das Tierwohl geach-

tet wird und auch der kleinstrukturierte Landwirt eine wirtschaftliche Existenz hat. **Was entgegnet Sie jenen, die meinen, eine durchgehende Herkunftskennzeichnung sei kompliziert und für den Konsumenten zu teuer?**

Die Kosten für die Rückverfolgung - zum Beispiel bei einer Leberkäsemmel - betragen lediglich rund einen Cent. Das heißt für einen Cent mehr kann Ihnen der gourmetfein Partner genau sagen, von welchem Bauernhof das Tier stammt, dessen Fleisch Sie in Form einer Leberkäsemmel, einer Wurstsemmel oder eines Schnitzers genießen!

Deshalb sage ich, Rückverfolgung ist eine Frage des Willens und nicht des Kön-

nens! Der Fachverband der Lebensmittelindustrie ist der Meinung, dass eine Rückverfolgung in der Industrie nicht so leicht sei wie in einem kleinen Betrieb und einen Nachteil für die österreichische Industrie mit sich bringe.

Wir sehen das nicht so! Es wäre längst im Interesse des Konsumenten, dass er beim Kauf im Feinkostladen - auf der Etikette leicht sichtbar - zwischen einem Produkt aus dem Ausland bzw. von einem Industriemastbetrieb oder einem Bauernhof in Österreich unterscheiden könnte.

Ob wir ein großer Betrieb oder ein kleinerer sind, tut nichts zur Sache. Auch wir treiben das Schwein nicht selbst vom Bauernhof zum Schlachthof. 2019 lieferten uns unsere

qualitätsbewussten Bauern aus Oberösterreich bereits ca. 60.000 Schweine und ca. 2500 Jungtiere, also von wegen „kleiner Betrieb“. Wir sind das sichere Beispiel dafür, dass 100%-ige Rückverfolgung geht - unabhängig davon, was große Industriebetriebe sagen.

Beliefern Sie auch die Marktführer im Lebensmittelhandel?

Bei denen geht's verständlicherweise im direkten Wettbewerb vorrangig darum, wer am billigsten einkauft. Da kommen wir mit unserer regionalen Rohstoffversorgung und unserer hochwertigen Qualität - auch bei der Verarbeitung - zurzeit noch nicht mit. Da bleibt es spannend, was die Konsumenten in Zukunft für eine Richtung vorgeben.

Wir haben für uns das Geschäft mit Tankstellen entdeckt. Diese Partner haben verstanden, dass sie sich nicht nur auf Reiseproviant konzentrieren dürfen, sondern auch beim typischen Snackgeschäft auf Differenzierung zu Supermärkten und anderen Leberkäse- und Wurstanbietern achten sollten.

Starkes Wachstum verzeichnen wir auch in der Gastronomie und Hotellerie. Mit der Übernahme vom Traditionsunternehmen Zellinger in Steyr haben wir nun auch ein Filialnetz übernommen, wo es unsere wunderbaren gourmetfein und Zellinger Fleisch-, Wurst-, sowie Leberkäsespezialitäten zu kaufen gibt.

Ich würde mich freuen, wenn es noch mehr Wertschöpfungsketten unserer Art gäbe, denn dann würden wir gehört werden und der Handel sowie die Medien könnten nicht mehr an uns vorbei. So wäre auch ein nachhaltiger Wertewandel im Konsumverhalten möglich.

gourmetfein
So muss das schmecken.

GARANTIERTE HERKUNFT OBERÖSTERREICH

DES WOLLENS UND NICHT DES KÖNNENS!

zieht 100 % des Schweine- und Rindfleisch aus Oberösterreich. Partner-Bauernhöfen aus der Region. Auf jedem Produktetikett genau nachlesen, von welchen Partner-Bauern das Fleisch für Ihr Produkt stammt. Das ist einzigartig in Europa.

40 Schweine- und 160 Rinderbauern liefern ihr Fleisch exklusiv an gourmetfein.

GOURMETFEIN: NACHAHMUNG DRINGEND ERWÜNSCHT

Fritz Floimayr über sein Unternehmenskonzept: „Dass unser Konzept funktioniert, zeigt sich auch dadurch, dass keiner unserer Partner-Bauern - trotz Tiefstpreisen bei Schweinefleisch - seinen Betrieb eingestellt hat.“

Unsere Stammtische sind stets sehr gut besucht und ich bin unglaublich stolz darauf, dass sich unsere Partner-Bauern als Teil der Gourmetfein-Familie sehen. Wir beweisen mit unserem Konzept, dass in unserer Wertschöpfungskette alle gut verdienen können. Deshalb ist auch die Liste der Bauern lang, die gerne Gourmetfein-Partner-Bauer werden möchten.“

Vor allem die Belieferung von Tankstellen hat laut Floimayr eine Win-Win-Situation begründet, da die Kunden mittlerweile gezielt Tankstellen nicht nur zum Tanken anfahren würden, sondern vor allem auch um Gourmetfein-Leberkäse zu kaufen.

**100 % RINDFLEISCH VON PARTNER-BAUERN AUS OBERÖSTERREICH · 100 % GENTECHNIKFREI
100 % OHNE KÜNSTLICHE FARBSTOFFE · 100 % GLUTENFREI · 100 % LAKTOSEFREI**



KOMMENTAR

Alois Ganglmayr

FAIRER PREIS FÜR BAUERN

Das Gejammere der Branchenvertreter der Fleischhauer verstehe ich nicht, weil durch die afrikanische Schweinepest, die in China wütet, in Europa das Kilo Mastschein im Jahresvergleich um 38 Prozent gestiegen ist. Der aktuelle Preis von zwei Euro pro Kilogramm Mastschein ist den Verarbeitern zu viel. Um mindestens zehn Prozent hätten die Preise für den Konsumenten für Schweinefleisch-Produkte höher sein müssen, um nicht mit einem Minus abzuschließen, beklagt die Branche. Dass den Landwirten in den letzten zwei bis drei Jahren, mit Preisen von 1,2 bis 1,5 Euro (nicht Bio), in einer fast aussichtslosen Preissituation schon fast die Luft ausgegangen ist, ist offensichtlich zweitrangig.

Viele Landwirte verabschiedeten sich von der Schweineproduktion, Ställe wurden nicht mehr zur Produktion gebraucht und in neue Ställe wurde kein Geld investiert. Darum brauchen Landwirte diese Preise von zwei Euro pro Kilogramm. Es sind Normalpreise, keine Höchstpreise!

Landwirte müssen genauso die laufenden Steigerungen für ihre Betriebsmittel, Investitionskosten und Sozialversicherungen über den Preis abgegolten werden. Darum, liebe Branchenvertreter der Fleischhauer und des Handels, fordern wir eine Preisgestaltung von unten nach oben. Gerechte Preise für Landwirte, plus Aufschlag für Verarbeiter und Handel muss den Endpreis bestimmen.

AGRARSPRECHER FRANZ GRAF FORDERT IM LANDTAG:

Saisonal und regional für öffentliche Einrichtungen

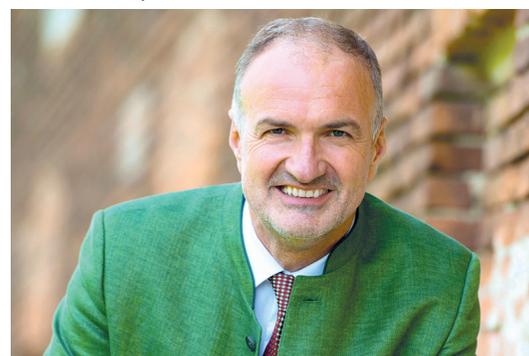
„Die Bedeutung von regionaler und damit verbundener saisonaler Lebensmittelversorgung ist in den letzten Jahren mehr und mehr in den Köpfen der Verbraucher angekommen“, so der Obmann der Freiheitlichen Bauern OÖ, Franz Graf.

„Immer stärker wird darauf gesetzt, Bewusstsein für nachhaltig produzierte, regionale und saisonale Lebensmittel zu schaffen. Wir fordern daher, auf Bundes- und EU-Ebene die vergaberechtlichen Grundlagen zur Lebensmittelbeschaffung für öffentliche Einrichtungen zu verbessern und anzupassen“, sagte der Agrarsprecher der FPÖ-Oberösterreich in der vergangenen Sitzung des Oö. Landtages zum Beschluss der Vier-Parteien-Resolution.

„Wir alle sehnen uns nach Lebensmitteln mit unzweifelhaftem Stammbaum. Wir wollen wissen, wo unsere

Lebensmittel herkommen - egal ob beim Genuss zuhause oder auswärts. Daher ist für die Nachvollziehbarkeit eine ausreichende Kennzeichnung und Zertifizierung erforderlich. Die Herkunft der Lebensmittel in Kantinen, Mensen, Krankenhäusern, Pflege- und Altenheimen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen muss erkennbar gemacht werden“, setzte Graf in seiner Rede fort. „Die durchgän-

gige und verlässliche Kennzeichnung hat einen weiteren wichtigen Zweck. Es schafft die Chance, dass unsere heimischen Bauern wieder mehr Marktmacht und einen fairen Preis gegenüber zweifelhaften Billigprodukten erhalten. Man sieht, es spricht vieles dafür. Die Zeit ist reif für saisonale und regionale Lebensmittel für die öffentlichen Großküchen“, so Graf abschließend.



BIO-AUSTRIA BAUERNTAGE IM JÄNNER:

Erosionsschutz im Biolandbau als Thema

Der Erosionsschutz im Biolandbau war das Thema der Bio Austria-Bauerntage. Durch die Gesetze wird der Erosionsschutz immer wichtiger.

Im gesamten Bundesgebiet ist der Erosionsschutz durch den GLÖZ 5-Standard geregelt. Im Burgenland ist zusätzlich eine Verordnung in Kraft, bei der in gefährdeten Lagen Erosionsschutz-Maßnahmen zu setzen sind. Mehr Starkniederschlagsereignisse - auch auf Flächen, auf denen bisher

nur selten Erosionsschäden aufgetreten sind - werden zukünftig befürchtet. Aufgrund wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sinkt der Anteil der Feldfutterleguminosen und steigt der Anteil der Hackfrüchte. Manche Maßnahmen, wie z.B. die Ausbringung von Mist oder Kompost werden seltener. Andere Maßnahmen, wie z.B. die Bodenbearbeitung, werden schwieriger, weil die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte weniger, die Fläche aber größer wird.



ZAHRLICHE VORSCHRIFTEN:

Klärschlamm auf dem Acker

Bei der Ausbringung von Klärschlamm auf Ackerflächen ist auf zahlreiche Bestimmungen zu achten. Ab 2020 ist die Ausbringung von Klärschlamm auch für AMA-Gütesiegelbetriebe bei „Haltung von Kühen“ verboten. Das Ausbringen von Klärschlamm und kompostiertem Klärschlamm ist auf allen Flächen des Betriebes (z.B. Grünland- und Ackerflächen) verboten.



EINE LÜCKENLOSE
RÜCKVERFOLGUNG IST
TECHNISCH MÖGLICH
UND LEISTBAR.

HERKUNFTSKENNZEICHNUNG WEITER AUF DER AGENDA:

Im Interesse der Bauern

Die Freiheitliche Bauernschaft OÖ fordert auch weiterhin eine durchgängige Herkunftskennzeichnung für landwirtschaftliche Produkte. „Wir halten diese Maßnahme für sehr wichtig für Landwirte und Konsumenten und halten daher auch weiterhin an dieser Forderung fest“, so der Obmann der Freiheitlichen Bauern OÖ, Franz Graf.

Nicht nur auf der Landesebene und in den Vollversammlungen der Landwirtschaftskammer OÖ setzten sich die Freiheitlichen für eine durchgängige Lebensmittelkennzeichnung nach französischem Vorbild ein. In der Landwirtschaftskammer wurde ein freiheitlicher Resolutionsantrag zur Herkunftskennzeichnung einstimmig angenommen.

„Auch im Regierungsprogramm der ÖVP/FPÖ-Bundesregierung war es den

REGIERUNGSPROGRAMM

freiheitlichen Vertretern gelungen, dieses Ziel in den Verhandlungen durchzusetzen“, so Graf. Und weiter: „Eine Herkunftskennzeichnung von Fleisch und Milchprodukten – aber auch von anderen landwirtschaftlichen Produkten nach dem Prinzip ‚Geburtsland-Aufzuchtland-Verarbeitungsland‘ erhöht die Transparenz für den Verbraucher, erschließt neue Märkte und rechtfertigt zudem einen fairen Preis für

inländische Produkte, die unter hohen Qualitätsstandards produziert wurden.“

Produkte mit geringer Qualität müssten genauso erkennbar sein. Bei Fertigprodukten die einen Fleischanteil von 8 % oder mehr des Produktgewichtes beinhalten, muss ebenfalls eine Herkunftsbezeichnung nach dem oben genannten Prinzip erfolgen.

Als Vorbild für eine solche Herkunftskennzeichnung könne das französische Modell dienen. „Die französische Regierung konnte nach Verhandlungen mit den zuständigen EU-Gremien eine entsprechende Herkunfts-

kennzeichnung durchsetzen. Mit Beginn des Jahres 2017 hat Frankreich nun eine obligatorische Herkunftskennzeichnung für Fleisch und Milch in verarbeiteten Produkten eingeführt. Es muss nun auf dem Etikett das Land

der Geburt, der Aufzucht und der Schlachtung der Tiere ausgewiesen werden. Nur wenn 100 % des Produktes aus einem Land stammen, reicht dessen alleinige Angabe aus“, erläutert Graf das französische System.

Auch bei anderen Produk-

VORBILD FRANKREICH

ten, wie etwa Honig, sei eine bessere Herkunftskennzeichnung geboten. Der heimische Verbraucher habe ein Recht darauf zu erfahren, aus welchen Ländern die Produkte stammen und in welchem Mischungsverhältnissen sie verkauft werden, so Graf weiter. „Die derzeitigen Informationen auf den Etiketten und die teilweise irreführende Etikettengestaltung geben dem Verbraucher keine ausreichenden Informationen über die Herkunft des Produktes“, so Graf abschließend.



KONSUMENTEN WOLLEN DIE
HERKUNFT ERFAHREN.



KOMMENTAR

Arthur Kroismayr

BAUERN WERDEN ZERRIEBEN

Egal wen man fragt, ob Konsumenten, Bauern, Politiker oder auch den Lebensmitteleinzelhandel: Alle legen (angeblich) Wert auf regional produzierte, österreichische Qualität bei Lebensmitteln.

Nur handeln tun die Beteiligten (außer den Bauern, die können sich's nicht richten) anders. Da sind die Konsumenten die trotzdem oftmals erst auf den Preis und dann auf die Herkunft schauen. Da sind die großen Lebensmittelketten, die gerne Österreich draufschreiben obwohl vielleicht gar nicht 100% Österreich drin ist (was leider legal ist) und da ist schließlich die Politik bzw. unsere Landesvertretung.

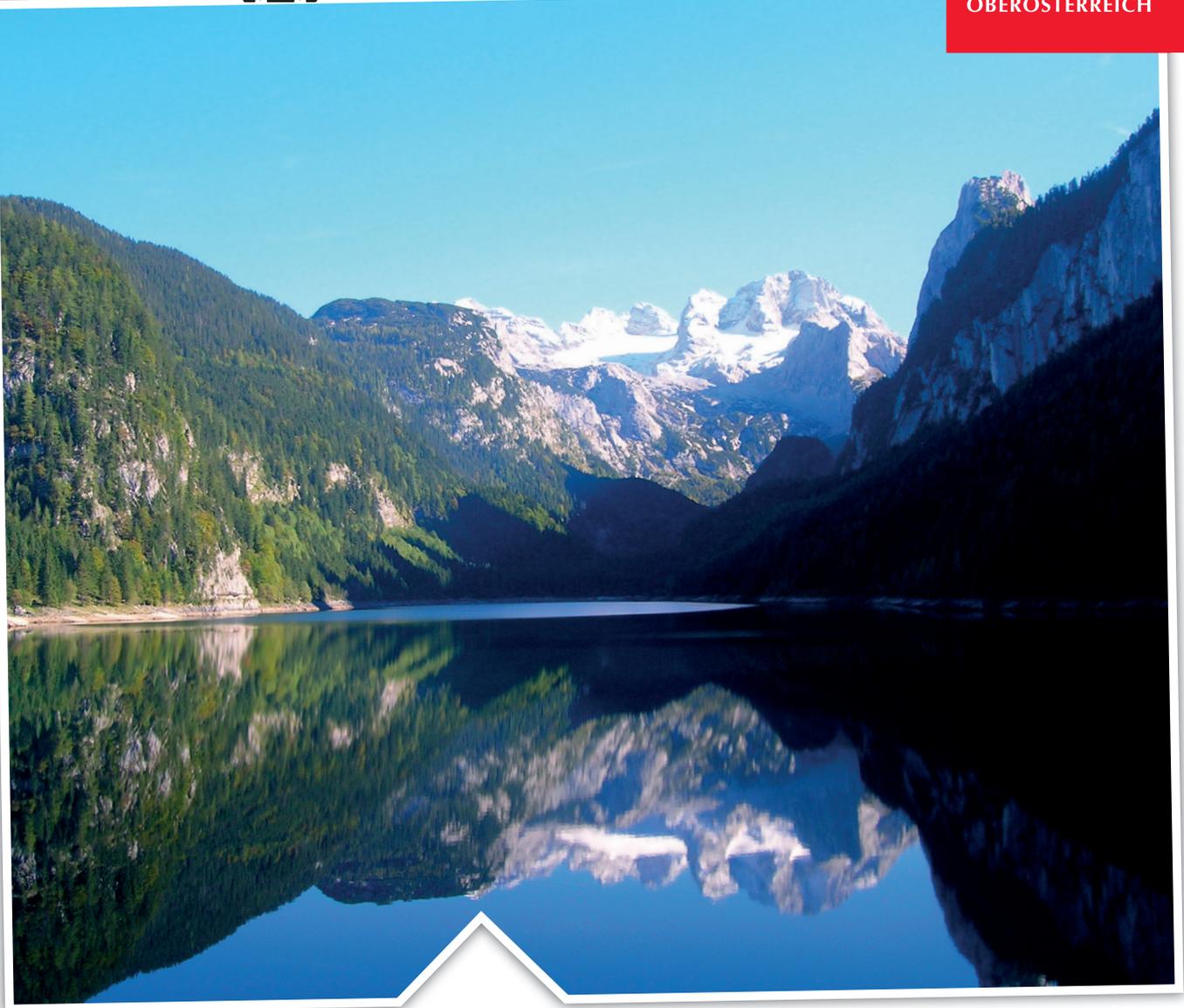
Ihr ist der größte Vorwurf zu machen. Sie sichert den Bauern populistisch Unterstützung zu und fährt gerne bei Initiativen (wenn sich beispielsweise ein hoher Bauernvertreter mit einem Manager aus der Lebensmittelbranche öffentlich zankt) Trittbrett. Konkrete Initiativen wie eine durchgängige Lebensmittel-Herkunftskennzeichnung oder den Ausbau lokaler bäuerlicher Genossenschaften, um die Vormachtstellung der drei großen Handelsriesen zumindest etwas zu schwächen, unterstützen selbige Bauernvertreter aber leider nicht.

Obwohl dazu längst konkrete Vorschläge unsererseits auf dem Tisch liegen. Stattdessen drohen wir Bauern zwischen Weltmarktpreisen und grünen Klimaanklägern zerrieben zu werden.



LAND

OBERÖSTERREICH



Zukunft sichern. **Natur schützen.**

www.land-oberoesterreich.gv.at